

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Insertate über Stellenvermittlung die sechsgepaaltene Kolonelle
1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

239100
EXEMPLAREN

erschließt diese Ztg.

Fabrikdiktatur oder Arbeitsvertrag?

Die im Jahre 1903 eingetretene wirtschaftliche Besserung hat bis heute angehalten und voraussichtlich wird sie noch einige Zeit dauern, wenigstens bis zum Inkrafttreten der neuen Handelsverträge. Welchen Einfluß diese in jenem Augenblick auf das Wirtschaftsleben ausüben werden, welchen Einfluß in dem kommenden Jahrzehnt ihrer Geltung, läßt sich heute nicht sagen. Sehr wahrscheinlich bringt ihr Inkrafttreten im nächsten Jahre erhebliche Störungen des Wirtschaftslebens, die den Wirkungen einer eigentlichen Wirtschaftskrise gleichkommen mögen. Und auch jedenfalls werden die an allen Grenzen bedeutend erhöhten Zollschranken den internationalen Warenaustausch, die Ein- und Ausfuhr von Gütern aller Art, gegenüber dem heutigen Zustand, erschweren und vorübergehend oder dauernd — dauernd, so lange die neuen Handelsverträge gelten — mehr oder weniger einschränken.

Das große Ereignis des Wechsels der Handelsverträge, der Wöhlung der alten durch die neuen, wirkt seine Schatten bereits voraus in der Verteuerung aller Lebensmittel, in der Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Man möchte sagen, die Zollwucherer wollen vor der Zeit schon den in den Zollhöhen ihnen auf die Masse der Konsumenten ausgestellten Wechsel präsentieren und seine Einlösung in Form höherer Preise für hunderte wichtiger Artikel fordern. Der Umstand, die Wirtschaftsprospérité, die sich diesem Bestreben als günstig erweist, kommt aber gleichzeitig den Arbeitern, den Konsumentenmassen zugute, indem sie die Mehrkosten der Lebenshaltung auf das Unternehmertum, auf die Produktion abzumwälzen sich bemühen und dabei bestrebt sind, noch etwas mehr, etwas darüber hinaus, zu erlangen, um nicht nur die erreichte Stufe der Lebenshaltung zu behaupten, sondern auch um eine weitere Stufe emporzusteigen, um einen Schritt vorwärts und aufwärts zu machen.

Den diesem Bestreben ist heute die Arbeiterschaft in allen Industrieländern erfüllt; aber nicht bloß theoretisch, sondern sie ist tatkräftig am Werke, positive Fortschritte zu machen. In Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich, der Schweiz, Belgien, Dänemark, Holland, Schweden, England, Amerika u. s. w. haben in diesem Jahre allein Tausende von Lohn- und Streikbewegungen und Ausperrungen von Hunderttausenden von Arbeitern aller Berufe stattgefunden, mit bedeutenden Erfolgen, aber auch mit Niederlagen derselben und Hunderttausende stehen noch immer, bald da, bald dort, einander förmlich abblöndelnd, im Kampfe, um die günstige Geschäftslage auszunutzen und ihren Anteil an der neuen wirtschaftlichen Prospérité zu erringen und zu sichern.

Hebung und Sicherung des Lohnniveaus, Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 und 9 Stunden, 1 1/2 stündige Mittagspause, sind die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter in den diesjährigen Lohnkämpfen. Freilich fordern Arbeiter, wie zum Beispiel die Textilarbeiter, deren große Mehrzahl noch immer unter der Marter und unter den Qualen einer unvernünftig und naturwidrig langen Arbeitszeit von 11 Stunden schwer zu leiden haben, vorerst den Zehn- und Neunstundentag; aber er ist und kann nur eine Etappe zu weiteren Fortschritten auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung sein, für die weder der Zehn- noch der Neunstundentag das Endziel, das Ende aller menschlichen Kulturentwicklung ist. Zehntausende und hunderttausende Arbeiter haben die so wohlthätig wirkende und die Arbeiterschaft in jeder Beziehung hebende kürzere Arbeitszeit errungen und dadurch insofern Zukunftarbeit verrichtet, als sie die Bollwerke der langen Arbeitszeit unterminierten, so daß auch sie in nicht ferner Zeit einströmen und so dem Fortschritt die Bahn frei machen müssen. So arbeiten die Pioniere der Arbeiter, bewußt oder unbewußt, nicht nur für sich, sondern auch für die Zurückgebliebenen, die dann nachkommen und nachkommen müssen, sollen nicht die Errungenschaften der tatkräftigsten und fortgeschrittensten Arbeiterschichten früher oder später gefährdet werden. Diese Gefahr ist kein Phantasma, wie zum Beispiel die Versuche der Zischlermeister in Prag und Wien lehren, die Tausende von Gehilfen ausperrten, um den Neunstundentag wieder abzuschaffen. Der freche, reaktionäre Streich ist aber in beiden Städten mißlungen; in monatelangen Kämpfen haben die Arbeiter ihre erkämpfte Position behauptet und gegen alle weiteren Angriffe der Unternehmer gesichert.

So ist es auch mit den Erfolgen auf dem Gebiet der Lohnverhältnisse. Die Berechtigung der Bestrebungen der Arbeiter nach Erlangung auskömmlicher Arbeitslöhne, um für ihre Personen wie für ihre Familien die Mittel zu einem anständigen Leben, zu einer befriedigenden Existenz zu erhalten, sollte heute gar nicht mehr in Frage stehen und gar nicht mehr diskutiert werden müssen. Es sollte daher aber auch um hohe, ausreichende Arbeitslöhne nicht mehr gekämpft werden müssen. Wichtig ist, daß die bürgerliche Presse, einschließlich der gewerblichen und industriellen Unternehmerverspre, insbesondere die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das Hauptorgan der Oberschicht, das Recht der Arbeiter, nach Verbesserung ihrer Verhältnisse zu streben, oft inmitten der ärgsten, giftgeschwollenen Gegenschreie, anerkennen. Aber das ist graue Theorie. Sie wollen berechnete und begründete Forderungen der Arbeiter anerkennen, allein solche sind nach ihrer Meinung noch nie aufgetaucht, wie es denn solche offenbar überhaupt nicht gibt. Die Arbeiter mögen fordern, was sie wollen, in den Augen der Unternehmer und ihrer Presse ist alles unberechtigt und wird daher bekämpft. Die Arbeiter sollen sich eben mit dem theoretischen Rechte begnügen, bessere Verhältnisse für sich erstreben zu dürfen; praktischen davon sollen sie jedoch nicht machen. Im Laufe der Jahre, die wir in der Arbeiterbewegung sehen, ist uns eine einzige

Arbeiterforderung bekannt geworden, deren Berechtigung, wenn auch schwächer, auch Schachmacherblätter anerkannten, und diese Forderung war die der Bergarbeiter nach Abschaffung des Nullens im Ruhrbezirk, dieses unverhüllten Raubes an den Früchten saurer und schwerster Arbeit.

Nun, die organisierten und kämpfenden Arbeiter haben sich seit jeder durch das Geschrei des Unternehmertums und aller seiner Verbündeten über unberechtigte Lohnforderungen, über Begehrlichkeit, Unzufriedenheit u. dgl. nicht abhalten lassen in ihrem Bestreben nach Erringung besserer Lohnverhältnisse und sie haben in zahllosen Kämpfen viele Erfolge errungen. Wenn für die große Mehrzahl der Arbeiter die Löhne trotzdem noch immer niedrig und unzulänglich sind, so beweist das nur, wie elend tief das Lohnniveau ehemals war und wie schlecht es damit heute stehen würde, wenn in den verflochtenen Jahrzehnten die Arbeiter in stumpfer Resignation dahingezogen, sich nicht aufgerafft, nicht gerührt und nicht gekämpft hätten. Die Kämpfe von vier Jahrzehnten waren nicht umsonst, sie waren im Gegenteil sehr nützlich, sehr erfolg- und sehr segensreich. Wenn sie uns dennoch nicht weiter geführt haben als zu dem Punkte, wo die Arbeiterklasse heute steht, so mag man daraus die gewaltige Größe der Aufgabe, den furchtbaren Widerstand der feindlichen Mächte erkennen. Insofern haben die wirtschaftlichen Kämpfe der verflochtenen vier Jahrzehnte der Arbeiterschaft ungezählte Millionen Markt an Lohnerhöhungen gebracht und weitere Millionen ihr vor der Raubsucht eines gewissenlosen, ausbeutungswütigen und habgierigen Unternehmertums, das jeden Tag zu weiteren Lohnreduktionen bereit ist, gesichert.

Auch die im laufenden Jahre bisher geführten zahlreichen Kämpfe um weitere Lohnerhöhungen, um einen größeren Anteil an den Früchten der Arbeit, die das Unternehmertum in Form von Millionen und Milliarden gemessen mühselos einheimst, haben schätzbare Erfolge gebracht und das Gesamteinkommen der deutschen Arbeiterschaft um Millionen erhöht. Für die Zukunft wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, nach Beendigung eines jeden erfolgreichen Kampfes zu berechnen und festzustellen, um welche Summe das Lohnniveau der betreffenden Arbeiter pro Woche und Jahr erhöht wurde, was bekanntlich in England schon seit langen Jahren geschieht. So würden wir dahin gelangen, am Schluß des Jahres nicht nur festzustellen, wie viele Kämpfe vorgenommen, wie viele Erfolge erzielt, welche Summen die Streiks gekostet, sondern auch, welche Summen an Lohnerhöhungen errungen und gegenüber den trivialen Reduktionsgeflüsten der Unternehmer den Arbeitern gerettet wurden.

Die Quintessenz aller Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital in den letzten Jahren bildet der von den Arbeitern geforderte Abschluß von Tarifverträgen. Der Gedanke ist durchaus nicht neu. Solange die Arbeiterbewegung besteht und solange zwischen Arbeit und Kapital Kämpfe geführt werden, war das Bestreben der kämpfenden Arbeiter immer darauf gerichtet, die Arbeits- und Lohnbedingungen mit den Meistern oder Fabrikanten gemeinschaftlich festzusetzen und durch eine schriftliche Abmachung festzulegen. In dieser Form hätten sich jeder alle Lohn- und Streikbewegungen beendet und abgeschlossen werden sollen und tatsächlich ist dies auch in Tausenden von Fällen geschehen. Diese Abmachungen nannte man früher jedoch nicht Tarifverträge oder kollektive Arbeitsverträge, sondern Lohnverträge in denen auch gewöhnlich die Details der Stück- oder Akkordlöhne den besten Raum einnahmen, während die übrigen wichtigsten Seiten des Arbeitsverhältnisses mit einigen wenigen textlichen Bestimmungen abgetan wurden. Nichtsdestoweniger hatte man es auch in diesen Lohnverträgen mit Tarifverträgen zu tun, mit der ersten einfachen Form derselben, die aber das notwendige Anfangs- und Entwicklungsstadium des gemeinsamen Arbeits- und Lohnvertrags war, der in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker seine bisherige höchste Form erreichte.

In allen Betrieben, in denen der Lohnvertrag oder Tarifvertrag Eingang gefunden, bedeutete die Neuierung die Ersetzung des individuellen Arbeitsvertrags durch den gemeinsamen oder kollektiven Arbeitsvertrag, die Beschränkung der Willkür des Unternehmers in der Festsetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Dabei ist nicht zu vergessen, daß diese Unternehmerwillkür auch durch jedes Arbeitergeschick, durch jede Verordnung zum Schutze der Arbeiter beschränkt wird. Die „konstitutionelle Fabrik“ nannte dieses Verhältnis vor 40 Jahren der geniale Fr. Alb. Lange in seiner „Arbeiterfrage“ und die Bezeichnung ist heute noch durchaus zutreffend. Ohne dieses Verhältnis ist jeder Unternehmer in seinem Betrieb ein absoluter Herrscher, ein Despot, und die Arbeiterklasse leidet unter dem schweren Drucke von so vielen Tyrannen als es Unternehmern gibt. Der Tarifvertrag ist die Verfassung der Fabrik, die Verbriefung der Rechte der Arbeiter in derselben. Der Unternehmer bleibt indes dabei immer noch Herrscher und Monarch in seinem Reiche, „Herr im Hause“, denn über die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse hinaus redet ihm die Arbeiterschaft in seine Dispositionen nichts drein, enthält der Tarifvertrag keine Bestimmungen.

Die Arbeiterschaft hat jedoch das allergrößte Interesse an dem Abschluß von Tarifverträgen. Einmal werden ihr im Tarifvertrag die durch Kampf errungenen Vorteile festgelegt und gesichert, sie hat in dem Tarif eine Urkunde von größtem Werte. Sodann sichert ihr der Tarifvertrag für eine gewisse Zeit ein gewisses Existenzminimum, das bei freier Willkür des Unternehmers keinem Arbeiter irgendwie garantiert ist. Zu diesen eminenten wirtschaftlichen Vorteilen kommt noch das soziale und ethische, wir möchten sagen, das kulturelle Moment hinzu. Der Arbeiter wird erst durch den gemeinschaftlichen Arbeitsvertrag wirkliche Vertragspartei, vertragsschließender Teil; andernfalls ist das „Vertragsverhältnis“ eine leere Fiktion und tatsächliches Herrschafts- und Untertanenverhältnis. Und erst durch den Tarifvertrag spielt der Arbeiter wirklich die Rolle des Verkäufers seiner Arbeitskraft und ist er in der Lage, den Preis anzufordern, zu fordern und durchzusetzen.

So ist die Forderung der Arbeiter nach Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern eine wirtschaftlich wie sozial, sittlich und kulturell notwendige, berechnete und zweckmäßige Forderung. Dabei hat auch das Unternehmertum in jeder Beziehung nur gewonnen. Vor allem werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu festen Faktoren für alle beteiligten Unternehmer; sie schaffen eine gewisse Gleichheit der Produktionsbedingungen für jede Industrie und jedes Gewerbe, woran jeder einzelne Unternehmer gebunden ist und wodurch gegen die Schmutzkonzurrenz, über die ja fortwährend alle Unternehmer klagen, eine gewisse Schranke aufgerichtet wird.

Das alles gilt auch für die Metall- und Maschinenindustrie, für den kleinen Handwerks- wie für den kapitalistischen Großbetrieb, und es ist daher ein Beweis starker Mäßigkeit, wenn seit Jahren in vielen Fällen die Forderung der Arbeiter nach Abschluß einer Tarifgemeinschaft mit Aussperrung und mit der Aufforderung zum Austritt aus der gewerkschaftlichen Organisation beantwortet wird. Das ist niedrigster und böswilligster Terrorismus, brutale Vergewaltigung der Arbeiter durch die Unternehmer, die nicht scharf genug gebrauchsmart und verdammt werden kann.

Aber das Gute bricht trotz alledem Bahn und so gehört auch nicht der blöden, unerträglichen, abstoßenden und banke rotten Fabrikdiktatur, sondern der Tarifgemeinschaft die Zukunft.

Der Verwaltungsbericht der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für das Jahr 1904.

In einem schmalen Bändchen von 70 Seiten liegt vor uns der Jahresbericht für 1904 der süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft. Wir entnehmen ihm, daß diese Genossenschaft am 1. Januar dieses Jahres 11 588 Betriebe, das sind 246 mehr als im Vorjahr mit 177 003 versicherten Personen (gegen 1. Januar 1904 mehr 11 054) umfaßte.

Wie die Eisen- und Stahlindustrie Süddeutschlands sich stetig weiter entwickelt, ersehen wir aus dem Steigen der Betriebe und der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Diese Entwicklung gestaltete sich in den letzten 19 Jahren wie folgt:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter
1886	2 660	68 887
1887	5 641	77 527
1888	6 172	89 400
1889	6 566	92 770
1890	6 948	108 972
1891	7 394	108 802
1892	7 821	105 582
1893	7 982	108 612
1894	8 207	110 214
1895	8 620	116 784
1896	8 862	128 651
1897	9 921	188 307
1898	9 769	152 566
1899	10 237	169 487
1900	10 689	178 668
1901	10 849	177 710
1902	10 662	165 685
1903	11 312	165 949
1904	11 588	177 003

Der Bezirk der Genossenschaft ist in sechs Sektionen eingeteilt, die je sich erstrecken im Jahre 1904 auf:

Sektion	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
I. Oberbayern, Niederbayern		
Schwaben und Neuburg	2454	19464
II. Ober- und Unterfranken sowie Oberpfalz und Regensburg	1728	26333
III. Bürttemberg u. Hohenzollern	1771	26517
IV. Baden	1449	23868
V. Ober- und Unterelsaß	579	18737
VI. Rheinpfalz, Hessen, Hessen-Nassau	3186	54131

An Unfällen sind im Jahre 1904 insgesamt 10 287 zur Anzeige gelangt gegen 9228 im Jahre 1903 und 8512 im Jahre 1902. Auf 1000 Versicherte entfielen demnach im Jahre 1904 88,12 Unfälle gegen 55,81 und 51,87 in den beiden Vorjahren. Im Jahre 1901 kamen 50,22 Unfälle auf je 1000 Versicherte. Anstatt daß also, wie dies nach dem Stand der Technik sehr wohl möglich, ein Sinken der Unfallhäufigkeit eintritt, sehen wir, wie sich die Unfallhäufigkeit von Jahr zu Jahr steigert, eine bedauerliche und bedenkliche Tatsache. Von den angezeigten Unfällen des Jahres 1904 entfielen auf:

Sektion	Zahl der Unfälle	Zahl der Versicherte
Ober- und Niederbayern, Schwaben und Neuburg	1982	1000
Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Oberpfalz und Regensburg	1717	61,3
Bürttemberg u. Hohenzollern	1080	39,5
Baden	1456	58,8
Ober- und Unterelsaß	797	47,7
Rheinpfalz, Hessen u. Hessen-Nassau	9275	56,3

Total: 10287 Unfälle gleich 88,12 a. 1000 Versicherte

Von den erstmals entschädigten Unfällen entfielen 1528 auf erwachsene männliche und 18 auf erwachsene weibliche Personen und 97 auf jugendliche männliche, 1 auf jugendliche weibliche Personen. Von den Verletzten sind 18 dauernd völlig und 849 dauernd teilweise erwerbsunfähig, bei 719 wurde nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit konstatiert, Todesfälle traten 71 ein. Die Zahl der ent-

* Ein Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstagen zu je 10 Stunden.

schädigungsberechtigten Hinterbliebenen der Getöteten beträgt 126 und zwar 39 Witwen, 33 Kinder und 4 Waisenbenten. Nach den Gegenständen und Vorgängen, bei denen sich die Unfälle ereigneten, entfielen 686 auf Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen, 100 auf Fahrstühle, Aufzüge, Kranen und Hebezeuge, 98 auf feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, 114 auf Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umsinken von Gegenständen, 160 auf den Fall von Leitern, aus Läden, in Vertiefungen, 243 auf Ab- und Aufsätzen von Gegenständen, 222 auf Handwerkzeug und einfache Geräte, 181 auf sonstige Unfälle.

An Bescheiden wurden von der Genossenschaft im Jahre 1904 insgesamt 4960 erlassen; Berufungen waren 1087 zu erledigen. Zum Austrag gebracht wurden 512 durch Bestätigung des Sektionsbescheids, 252 durch Abänderung des Sektionsbescheids und 142 durch Vergleich, Zurücknahme oder Abweisung wegen verspäteter Berufungseinlegung. Unerledigt blieben 131 Fälle.

Rekurse beim Reichsversicherungsamt waren im Berichtsjahr anhängig 381 und zwar 124 Rekurse der Berufs- und Arbeitsgenossenschaft und 257 solcher von Verletzten. Von den durch die Genossenschaft eingelegten Rekursen hatten 46 die Bestätigung des schiedsgerichtlichen Urteils zur Folge, in 22 Fällen erfolgte Wiederherstellung des Sektionsbescheids und in 7 Fällen ergab sich eine Abänderung gegenüber schiedsgerichtlichem Urteil und Sektionsbescheid, 4 Rekurse wurden anderweitig (Zurücknahme, Vergleich) erledigt und 45 Rekurse blieben unerledigt.

Von den durch die Verletzten oder deren Hinterbliebenen eingelegten Rekursen wurden erledigt durch Bestätigung des schiedsgerichtlichen Urteils 145, durch Wiederherstellung des Sektionsbescheids 2, durch Abänderung gegenüber schiedsgerichtlichem Urteil und Sektionsbescheid 34, anderweitig 8, unerledigt blieben 68.

Gegenüber den im Jahre 1904 erlassenen 4960 Bescheiden sind hiernach 906 gleich 18 Prozent Berufungen erledigt worden, die in 252 Fällen gleich 27 Prozent zu einer abändernden Entscheidung zugunsten der Verletzten, dagegen in 512 Fällen gleich 57 Prozent zur Bestätigung des Sektionsbescheids führten. Rekurse von Verletzten wurden im ganzen 189 erledigt, was 3,8 Prozent der erlassenen Bescheide ausmacht. In 145 Fällen gleich 77 Prozent wurde das schiedsgerichtliche Urteil bestätigt und nur in 34 Fällen gleich 18 Prozent zugunsten der Verletzten entschieden.

Von dem Verband deutscher Schlosserinnungen wurde im letzten Jahre beim Reichsversicherungsamt der Antrag gestellt, die Schlosserbetriebe aus den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften auszuscheiden und eine eigene Schlosserberufsgenossenschaft zu errichten. Die Angelegenheit ist auf der Genossenschaftsversammlung der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft verhandelt worden. Grundsätzliche Bedenken bestehen gegen das Auscheiden der Schlosserbetriebe nicht, jedoch wird befürchtet, daß die Abgrenzung der Schlossereien von den fabrikmäßigen Betrieben erhebliche Schwierigkeiten verursachen werde.

Aber die Unfallverhütung und Überwachung der Betriebe liegen von den Aufsichts- und Inspektionsbeamten nur kurze Berichte vor. Nach diesen wurden von den 11558 vorhandenen Betrieben 2550 mit 38054 Arbeitern revidiert. Der technische Aufsichtsbeamte für Ober- und Niederbayern hat im vorletzten Jahre 260 Betriebe besichtigt und in diesen den Unternehmern 644 Auflagen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter gemacht. Nur in 37 Betrieben entsprachen die Einrichtungen den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften, eine kleine Illustration dazu, wie es im Bereich der Herren Maffei und Genossen aussieht.

Von den technischen Aufsichtsbeamten für Ober-, Mittel- und Unterfranken sind im Berichtsjahr vornehmlich Betriebe in Unterfranken und der Stadt Nürnberg revidiert worden. Eingesehen wurden 321 Betriebe, von denen 20 in Ordnung befunden wurden, in den übrigen Betrieben waren 1614 Auflagen nötig. Die Prüfung von Lohnlisten in diesem Bezirk ergab bei 128 Unternehmern Lohnhinterziehungen im Betrag von 208000 Mk., die zur nachträglichen Beitragsverhebung aufgegeben wurden. In Württemberg sind 275 Betriebe revidiert und hierbei rund 900 Anordnungen getroffen worden. In Baden sind an 112 Orten 353 Betriebe visitiert worden, von denen 93 in Ordnung befunden wurden, während in den anderen 260 Betrieben 760 Anordnungen und Bescheide gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt wurden. Hierbei sind gleichartige Mängel in demselben Betrieb nur einmal gezählt. Gelegentlich der Betriebsrevisionen wurden auch die Rentenempfänger in den betreffenden Betrieben kontrolliert. Die hierbei gemachten persönlichen Wahrnehmungen über die Erwerbsbeschränkung oder die Angewohnung der Rentenempfänger boten wertvolle Unterlagen für die daraufhin erfolgten ärztlichen Untersuchungen, sie boten vielfach Anlaß, den armen Leuten ihre Rente zu mindern! Die 71 Betriebsrevisionen im Elsaß ergaben in 59 Betrieben Mängel, die sogar teilweise zu Bestrafungen der Unternehmer Anlaß gaben. Bisherige Beanstandungen und welcher Art die vorhandenen Schiefe waren, sagt uns der Aufsichtsbeamte dieses Bezirkes nicht, jedenfalls sind es soviel, daß man sich die Ziffer nicht zu sagen getraut. Der Beamte für Hessen, Hessen-Nassau u. s. w. bezeichnet das Verhältnis der technischen Aufsichtsbeamten zu den Betriebsunternehmern als ein angenehmes, trotzdem in 970 Betrieben 1224 Auflagen zum Schutze der Arbeiter gemacht werden mußten und trotzdem daß 608 Unternehmer es nicht der Mühe wert fanden, dem Beamten Anzeige über den Vollzug der gemachten Anordnungen zu machen. Auch dieser Beamte ließ es sich angelegen sein, die Rentenempfänger zu kontrollieren und er berichtet sich, daß bei einer großen Anzahl die Rente nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung herabgesetzt werden konnte, da sich die Erwerbsfähigkeit durch die Angewohnung (sic!) erheblich gesteigert habe.

Die Beamten haben vorläufig, in der Zusammenfassung über die Zahl der revidierten Betriebe u. s. w. angegeben, wieviel Beanstandungen, das heißt Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften sie entdeckt haben, und gestatten wir uns dies, soweit möglich, nachzuholen, da eine tabellarische Übersicht anderer Statistiken eine viel bessere Wirkung hat, als wenn die Ziffern so nebeneinander im Text stehen.

Über die Unfallverhütung und Überwachung der Betriebe in der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft gibt also nachstehende Übersicht Auskunft:

Bezirk	Revidierte Betriebe	Revidierte Arbeiter	Anzahl der Verletzten	Anzahl der Getöteten	Anzahl der Hinterbliebenen
Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Neuburg	2541	260	929	10,3	544
Ober-, Mittel-, Unterfranken, Oberpfalz und Regensburg	1790	315	2945	17,7	1614
Württemberg	1835	275	6250	15,9	900
Baden	1491	363	5790	23,6	768
Ober- und Unterelsaß	602	71	1455	11,0	?
Hessenpfalz, Hessen, Hessen-Nassau, Kreis Reglar	3304	1276	20736	38,6	1224
Zusammen	11551	2560	38054	22,1	5042

Der seit 1. Januar 1900 in Wirkung befindliche Gefahrengeldtarif und die auf Grund desselben vorgenommene Einschätzung der Be-

triebe war für das verflossene Jahr letztmals in Geltung. Am 27. Juni d. J. ist ein neuer Gefahrengeldtarif zur Annahme durch die Genossenschaftsversammlung gelangt.

Die Verteilung der im Jahre 1904 versicherten Betriebe sowie der in denselben beschäftigten Personen (Wollarbeiter) und der in den Betrieben bezahlten Durchschnittslöhne, berechnet nach den von der Berufs- und Arbeitsgenossenschaft mitgeteilten umlagepflichtigen Löhnen, ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich:

Benennung der Betriebe	Zahl der Betriebe	Zahl der darin beschäftigten Arbeiter	Durchschnittslohn eines Arbeiters in Mark
Wassermesserabjustierung	2	101	1426
Krahenfabriken	4	122	909
Fabriken für Teile von Spinnmaschinen	7	198	826
Klapphülnerfabriken	1	37	757
Lauflöcherfabriken	7	896	891
Seilfabriken	19	222	779
Seilfabriken	48	679	964
Fahrradfabriken	17	4199	1207
Fahrradteilefabriken	5	864	934
Montierwerksstätten für Fahrräder	64	196	923
Wasserschleppen, handwerksmäßig	157	252	925
Wasserschleppen	38	176	852
Reifenfabriken	16	296	807
Eisenmöbelfabriken	9	698	927
Herdfabriken	84	1400	1038
Fabriken feiner Drahtwaren	10	162	815
Stahlspannfabriken	3	100	760
Stahlspannfabriken	3	326	807
Saughlozereien (kleinere)	2252	4389	770
(größere)	2929	15415	942
Montierung von Geleisen	2	11	909
Ziegelgießereien	31	571	704
Eisengießereien u. (leichte)	87	7929	915
(schwere)	275	17825	1079
Werkzeugfabriken	68	2578	896
Rollfabriken	11	481	1148
Maschinenfabriken	10	233	1125
Beschlag- u. Fabriken	38	1315	853
Kesselfabriken	45	641	1029
Maschinenfabriken (leichte)	457	10886	1008
(schwere)	347	46932	1167
Waggonfabriken	12	6808	1112
Nietenfabriken	19	850	808
Drahtkistfabriken	23	658	794
Kesselschmiedereien (leichte)	39	413	1046
(schwere)	65	3093	1159
Blickerbananstalten	41	8176	1127
Montageausführungen u.	56	395	1300
Verarbeitung dünner Bleche	119	1189	787
Verarbeitung dickerer Bleche	81	6771	738
Zentralheizungs- u. Herstellung	88	1053	1508
Agelerschmiedereien und -fabriken	19	378	796
Geleisenfabriken	34	454	934
Zeugschmiedereien	34	454	923
Seilfabriken	7	579	1029
Emallierwerke	2	100	860
Verarbeitung von T-Trägern	18	88	1045
Kupferwerke	4	640	1194
Nickelwerke	968	7135	929
Schleiferen (leichte)	82	117	974
(schwere)	26	46	870
Ziehwerke für Eisen und Stahl	6	154	926
Drahtziehereien	16	371	871
Schiffbauanstalten	9	340	729
Eisenhochöfenwerke	6	1015	1254
Eisenhammerwerke	15	630	1260
Eisenbergwerke	3	58	1047
Eisen- u. Stahlwerke	15	2743	959
Stahl- u. Werke	3	266	936
Dampfdrehmaschinen	2040	2407	905
Fremdartige Nebenbetriebe	54	1503	1068

Wir haben diese Ziffern hauptsächlich deshalb zum Abdruck gebracht, weil sie wertvolle Fingerzeige für die Agitation bieten und weil die Verschiedenartigkeit der Löhne in den einzelnen Berufskategorien eine derart große ist, daß eine übersichtliche Zusammenstellung dringend notwendig schien. Bei Lohnbewegungen und Lohndifferenzen werden die Ziffern, die nach den eigenen Angaben der Unternehmer berechnet sind, manchmal von Nutzen sein.

Die Aufwendungen der Berufs- und Arbeitsgenossenschaft im Jahre 1904 waren folgende. Es wurden gezahlt an Kosten des Heilverfahrens für 1158 Personen 41297 Mk., an Renten für 10699 Verletzte 1702977 Mk., für Abänderungen Verletzter an 156 Jürländer 47865 Mk., an 4 Ausländer 4069 Mk., an Sterbegeld für 87 Personen 6265 Mk.; an 438 Witwen Getöteter 33634 Mk., an 632 Kinder und Enkel Getöteter 91097 Mk., an 32 Verwandte Getöteter 5102 Mk.; Abfindung an 8 Witwen Getöteter 5468 Mk., Renten an 254 Ehefrauen und 573 Kinder und Enkel von in Heilanstalten untergebrachten Verletzten 23168 Mk., An- und Verpflegungskosten an 391 Personen 59265 Mk. Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge beläuft sich auf 1921457 Mk.

Ein Heilverfahren in den ersten 13 Wochen des Unfalls wurde nur in 27 Fällen übernommen und dafür 943,64 Mk. verausgabt. Dessen Zweige ihrer Fürsorge scheint die jüdische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft demnach wenig Aufmerksamkeit zu schenken.

Für die Unfallverhütung wurden 22773 Mk. verausgabt und zwar 22624 Mk. für Überwachung der Betriebe und 149 Mk. für den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften. Die laufende Verwaltung veranschlagt 169958,14 Mk., wovon 106027,95 Mk. auf die Gehälter der Beamten, 5900,87 Mk. auf Reisekosten und Tagelöhner der Beamten, 15951,81 Mk. auf Bureau- und Kassenbedürfnisse, 16180,47 Mk. auf Postkosten und 4210,66 Mk. auf Inventarbedarf entfallen. Der Referendats der Berufs- und Arbeitsgenossenschaft betrug am Schlusse des Jahres 1904 4202903,24 Mk.

Die Unfallgefahr in den Hütten- und Walzwerken.

Wie in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung bereits mitgeteilt, hatte die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft im Jahre 1904 wiederum eine Steigerung der Unfallgefahr zu beklagen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 24494 im Jahr 1903 auf 26238 im Jahre 1904 gestiegen. Auf 1000 versicherter Personen entfielen somit durchschnittlich 122 Unfälle. Über diesem Durchschnitt stehen die zwei größten Sektionen: Eisen und Oberhausen mit 213 und 244 Unfällen. Von 147 Todesfällen hatte die Sektion Oberhausen allein 52 Fälle zu verzeichnen. Als Folgen der Verletzungen werden weiter berichtet in: 1471 Fällen teilweise, in 346 Fällen vorübergehende und in 165 Fällen völlige Erwerbsunfähigkeit.

Auf die Ursachen dieser erschreckend hohen Ziffern kommt der technische Aufsichtsbeamte der Berufs- und Arbeitsgenossenschaft Rheinisch-Westfälischer Großindustrieller auch zu sprechen und schließt sich vorzüglich den diesbezüglichen Bemerkungen der königlichen preussischen Gewerbeinspektion an. So berichtet der Beamte für den Bezirk Arnberg: Verhältnismäßig die meisten Unfälle kommen in der Großindustrie vor, namentlich in der Großmaschinenindustrie, beim Transport-

beim Verladen. Im Bezirk Iserlohn mit Kleinindustrie, entfielen nur 26,6 Unfälle auf 1000 Arbeiter, dagegen stellt sich in den Bezirken Dortmund und Gelsenkirchen, in denen vorwiegend Groß-eisenindustrie betrieben wird, die entsprechende Ziffer auf rund 130. Auch dem Beamten für Düsseldorf ist die „unverhältnismäßig hohe Zahl der Unfälle, welche sich alljährlich in den Hütten- und Walzwerken ereignen“, aufgefallen. Als Hauptursache nennt der Beamte in erster Linie „den in den Hütten- und Walzwerken besonders starken Arbeiterwechsel...“ „Dieser Wechsel schwankt in den Hütten- und Walzwerksbetrieben des Essener Aufschichtbezirks im Jahre 1903 zwischen 20,3 bis 71,9 Prozent und ließ seine Einwirkung auf die Unfallgefahr in den einzelnen Werken deutlich erkennen...“ „Mehr als ein Zehntel aller entschädigungspflichtigen Unfälle ereignete sich innerhalb des ersten Monats, mehr als zwei Fünftel im ersten Jahre der Beschäftigung des Arbeiters... bei der verhängnisvollen Arbeit.“ Auch der Metallarbeiter-Verband kann ein Viechen vom starken Wechsel der Mitglieder in diesen „gesegneten“ Bezirken sagen.

Der Aufsichtsbeamte meint dann weiter, daß „die gleiche Wirkung, wie der Arbeiterwechsel“ die Inbetriebsetzung größerer Neuanlagen und die zur Zeit der Hochkonjunktur „unvermeidliche“ Überanforderung des Betriebes ausübe, „womit in der Regel die Heranziehung zahlreicher fremder Arbeiter, insbesondere Polen, verbunden ist.“ Die Metallindustrie hatte doch wahrlich über eine sogenannte „Arbeiternot“ noch nicht zu klagen, da zahlreiche Kräfte stets zur Verfügung standen. Als billigere Arbeitskräfte, als Streikbrecher u. dgl. eignet sich natürlich der Ausländer — aber in den Ostmarken so beliebte Pole — am besten. Rheinlands-Westfalen ist überhaupt die Sammelstelle der Polen geworden, die eifrige Agenten auch den Bergwerken zuführen. Ein gutes Zeugnis stellt jedoch der Aufsichtsbeamte dieser Arbeiterkategorie nicht aus, denn er führt als Ursache der hohen Unfallziffern auf: „Mangel an Übung, Unkenntnis der Sprache und die an sich geringere körperliche und geistige Gewandtheit vieler dieser Arbeiter!“ Aber trotzdem sind die Polen zum Streikbrecher zu recht! Wie groß die Zahl der ausländischen, meist polnischen Arbeiter auf den Hütten- und Walzwerken ist, ergibt sich daraus, daß „eines dieser Werke im Jahre 1903 neben 4816 einheimischen, 1080 ausländische, darunter 979 Polen, beschäftigte, ein anderes Werk neben 4295 einheimischen, 825 ausländische, darunter 800 Polen.“ Trotz der großen Mängel: „Mangel an Übung“, „Sprachkenntnis“ sowie „geringer körperlicher und geistiger Gewandtheit“ beschäftigt man diese arme Leutchen mit den gefährlichsten Arbeiten. Auch der Gewerbebeamte rügt dies, wenn auch zart, indem er ausführt: „In den Transportarbeiten werden beispielsweise auf den Hochöfen sowie auf den Stahl- und Walzwerken fast ausschließlich polnische oder andere ausländische Arbeiter verwendet; gerade bei diesen Arbeiten ereignen sich aber die meisten und schwersten Unfälle.“

Der Metallarbeiter-Verband wird deshalb auch hier erzieherisch wirken und diesen armen Ausländern mehr „geistige Gewandtheit“ beibringen müssen.

Belgische Metallarbeiterverhältnisse.

Lüttich, im August 1905.

Der in hiesiger Stadt und ihrer Umgegend hervorragend vertretenen Metallindustrie ist auf der Weltausstellung ein breiter Raum gewährt worden. Die Provinz Lüttich ist für Belgien daselbst was das rheinisch-westfälische Industriegebiet für Deutschland bedeutet. Die Hochöfen im Lütticher Bezirk produzierten 1870 erst 165000 Tonnen Roheisen, jetzt über 600000 Tonnen, zirka 50 Prozent der Gesamtproduktion Belgiens. Die Eisenerzeugung ist schwieriger, das heißt verteuert worden, indem nach und nach die eigenen Erzequellen versiegten. Einst konnte die Lütticher Eisenindustrie ihren Bedarf an Erzen im Lande selbst decken; nach 1895 wurden 159565 Tonnen eigene Erze verhüttet, 1903 nur 35959. Dafür ist eine neue, sehr ergiebige Bezugsquelle im benachbarten luxemburgischen Minettegebiet entstanden, von wo 1892 220744, 1903 schon 543000 Tonnen Erz eingeführt worden sind. In den lothringisch-luxemburgischen Eisenerzfeldern sind belgische Industrielle, zum Beispiel Cockerill-Seraing, namhaft beteiligt.

Auch im Lütticher Bezirk ist die Zahl der Puddelöfen im Abnehmen. 1903 bestanden überhaupt nur noch 66, die aber auch bald ganz verdrängt sein werden durch den Martinofen. In der Provinz Lüttich bestehen 5 große Eisenwerke mit 16 Konvertzen und 12 Siemens-Martinöfen. Die in der Ausstellung gezeigten gigantischen Blöcke, Platten, Achsen, Schiffswellen u. dgl. geben ein anschauliches Bild von der großindustriellen Massenfabrikation in der Umgebung der Ausstellungsstadt. Freilich, mit den Ausstellungsobjekten der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerke auf der Düsseldorf-Ausstellung im Jahre 1902 können die Lütticher, was Massigkeit anlangt, nicht konkurrieren. Das größte belgische Eisen- und Stahlwerk, Cockerill-Seraing, produziert jährlich etwa 220000 Tonnen Roheisen, 160000 Tonnen Walzwerkprodukte und 12000 bis 15000 Tonnen Gußwaren, Maschinen, Schmiedestücke u. dgl. Auf den Cockerillschen Werken arbeiten zirka 9400 Mann (inklusive 2000 Bergleute). Cockerill ist „der belgische Krupp“. Der deutsche Krupp beschäftigt etwa 60000 Arbeiter, er ist mit 456000 Tonnen Produktion am Stahlwerk-Verband beteiligt. Thyssen-„Deutscher Kaiser“ (Hamborn-Oberhausen) produziert sogar 704169 Tonnen für den Stahlwerk-Verband. Gegen solche Ziffern kommt kein belgisches Werk auf, dementsprechend sind die Ausstellungsgegenstände auch weniger imposant. Was inbezug die Qualität der Produkte anlangt, so scheint uns die belgische Eisen- und Stahlfabrikation der Deutschen wenigstens nicht viel nachzustehen. Auch in Lüttich sieht man wie in Düsseldorf und wie 1900 in Paris Eisen- und Stahlgegenstände, die außerordentlichen Zerreiß-, Biege- und Pressproben siegreich standhalten, in unzähligen Bindungen die Elastizität des an sich so spröden Metalls anzeigen. Die Fabrikationstechnik hat einen sehr hohen Grad erreicht. Insbesondere sind die Leistungen in Werkzeug- und Federstahl bewunderungswürdig.

Recht breiten Raum nimmt die Ausstellung der belgischen Maschinen- und Waffenindustrie ein. So hat Cockerill eine gemaltige sechsrollenige Reversiermaschine von 10000 Pferdekraften ausgestellt, die für das eigene Walzwerk bestimmt ist. Interessant ist der große Gasmotor, mit Hochgeschwindigkeit betrieben, von 1200 Pferdekraften. Die Hochgeschwindigkeit, früher nutzlos verpufft, werden heute ausgenutzt und motorisch verwertet. Sachinteressant ist die große Ausstellung von Gewehren aller Art, von der kleinsten Zimmerbüchse bis zur schweren Elefantensinte. In dieser Branche genießt Lüttich Welttruf, jährlich werden hier viele Tausende fertiger Gewehre und Gewehrteile gefertigt.

Natürlich drängt es uns, nicht nur die Leistungsfähigkeit unserer belgischen Kollegen an ihren prächtigen Ausstellungsgegenständen zu bewundern, sondern wir möchten auch die Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen. Dazu bot sich Gelegenheit. Wir müssen sagen, es kann kaum einen schärferen Kontrast geben als zwischen der Pracht in der Ausstellung und den Arbeitsstätten der Gewehrarbeiter in Lüttich.

In der Provinz Lüttich sind etwa 66000 Arbeiter mit der Waffenfabrikation beschäftigt. Diese wird vorwiegend hausindustriell betrieben. Draußen in der Vorstadt St. Giles, abseits von dem

Betriebe der Großstadt, dann in Herstal, Seraing etc. hat die sehr alte Lütticher Gewehrfabrikation ihre Säge. In die engsten Gassen, auf Hinterhöfe, in dürftige Anbauten müssen wir uns begeben, wenn wir die Lütticher Waffenarbeiter bei ihrer Tätigkeit kennen lernen wollen. Ein „Meister“ mietet sich ein Zimmer oder mehrere, je nachdem wieviel Hände er beschäftigt. Manche Werkstätten liegen direkt unterm Dache, wir sehen Graveure, die ihre „Werkstatt“ auf einem schmalen Treppengang aufgeschlagen. Aus all den Häusern erkönt Hämmer, Kläpfeln, das „Schruppen“ der Feilen, das Quitschen der Poliermetalle. Die rohen Einzelteile (Körze, Kammern, Abzieher, Kolben etc.) werden von einer Fabrik geliefert; die fertig zusammengesetzten Gewehre gelangen zur Ablieferung an diese Fabrik, die nach dem Stück bezahlt. Doch macht jeder Zwischenmeister mit seinen Gesellen wieder nur einen Teil fertig, bis schließlich in einer Werkstatt (ebenfalls Heimarbeiter) die Montage vorgenommen wird. Die Teilfabrikation und Montage ist vor weiß wie viele Jahrzehnte lang ein und denselben Familien übertragen, die Handfertigkeit wird gewissermaßen „vererbt“.

Aber diese „Werkstätten“! Enge, dämmerig-dunkle Böden, vollgepfropft mit Werkbank, Schraubstöcken, Werkzeugen, Gewehrteilen, Gerümpel. In einer Bude, gut 2 Meter hoch, 2 1/2 breit und 3 Meter lang arbeiteten drei erwachsene Männer und zwei Kinder! Man kann sich vorstellen, welche Atmosphäre in diesem Naume herrscht. Hier wird regelmäßig elf Stunden mit kurzer Mittagspause geschuftet. Die ziemlich regelmäßige Arbeitszeit gilt aber nur für die Gesellen und Lehrlinge, der Zwischenmeister kennt keine Schichtgrenze, wenn die Arbeit drängt. Er bleibt unter Umständen 14 bis 15 Stunden in dem elenden Loch. Wir haben den Eindruck bekommen, als wenn diese Art Zwischenmeister sich nicht ohne weiteres vergleichen lassen mit den faulenzenden Personen zum Beispiel in der Konfektionsbranche, wo der Zwischenmeister meist der unmittelbare Träger des Schwitzgymns ist. Die Lütticher Werkstattmeister sind vielleicht nicht besser, eher schlechter gestellt, wie ihre Gesellen. Diese erhalten, sofern sie tüchtig im Fach sind, die Stunde (in Afford) 40 bis 45 Centimes, jedoch ist der Durchschnittslohn für gelernte Gewehrarbeiter nur 30 bis 35 Centimes die Stunde. Ein Meister (Werkstattmeister), der selbst Stamm mischafft, teilt uns mit, daß er nach Abzug aller Kosten wöchentlich zwischen 30 bis 40 Fr. verdiene! Da müsse er aber sehr flott arbeiten, dürfe nicht auf regelmäßigen Schichtschluß sehen und müsse auch erforderlichenfalls Sonntags arbeiten. Nach dieser Angabe vermag man zu ermaßen, wie elend die Bezahlung der ungelerten Hilfskräfte und der zahlreich verwendeten Arbeiterinnen ist. Selbst solche Mädchen, die sie im Polieren der Geschoskammern etc. sind, kommen täglich nur auf 2 Fr. Verdienst. Fremde Kinder werden schon mit 12 Jahren zur zehnstündigen Arbeit in den Pestbuden herangezogen; die eigenen Kinder müssen noch früher heran. Wir besuchten einen anerkannt tüchtigen Graveur und Ziseleur, der aus freier Hand, ohne Vorzeichnung, wunder schöne Landschaften und Jagdszenen auf die Gewehrschäfte stichelte. In der Weltausstellung erregte diese Gebilde das Entzücken der Fachleute — der Graveur kommt nach Abzug aller Unkosten (er muß selbst sein Werkzeug und seine „Werkstatt“ stellen) auf nur 5 bis 6 Fr. in 10 bis 12stündiger Arbeit! Und das sind die bestbezahlten Arbeiter, die mit neidischen Augen von der großen Zahl der jämmerlich bezahlten angesehen werden, wenn am Wochenanfang die Ablieferung und die Entlohnung im Depot erfolgt. Das Zeit von der Suppe schöpfen hier die Depotinhaber ab, die in herrlichen Villen wohnen, wogegen die Schaffner ihres Reichtums in stinkigen Hinterhäusern und unbeschreiblichen Dach-„Wohnungen“ haufen. Will man die Folgen dieser fürchterlichen Heimarbeiter kennen lernen, dann schaue man in die graugelben Proletariatsgesichter, blicke in ihre tiefstehenden Augen, die uns erzählen von zerrüttender Arbeit in elenden Spelunken, bei erbärmlicher Lebensweise in bakteriengeschwängelter „Wohnung“. Zur Ergänzung der Weltausstellung mußte eine solche Höhle, genannt „Arbeiterwohnung“ auch aufgestellt werden, damit die Bourgeoisie sähe, welcher Pesthauch dort weht, wo die prächtigen, mit Gold und Elfenbein ausgelegten Jagdgewehre hergestellt werden.

Keineswegs besser erscheint das Los der Arbeiter auf den großen Eisen- und Stahlwerken. Bei Cockerill in Seraing, wo noch mit die besten Verhältnisse existieren, dauert die Arbeitszeit in den Feuerbetrieben 12 Stunden, abgesehen von den Überschichten. Der Lohn für ihre schwere, rasch aufreibende Arbeit beträgt für die Hochfenerarbeiter je nach Kategorie 2,90 bis 4 Fr. Die Walzwerksarbeiter erhalten 3 bis 4 Fr. In den mechanischen Werkstätten, beim Maschinenbau, erhalten die gelernten Arbeiter 3 Fr. fixiert; sie arbeiten fast alle in Afford. Ist eine Maschine fertig, so werden die etwa verbliebenen Affordreste ausbezahlt; auf diese Weise kommt der Maschinenbauer auf zirka 4,50 Fr. pro Schicht, die aber nach Belieben ausgedehnt wird. Überstunden werden sehr viele gemacht. Gelingt es durchschnittlich 5 Fr. (4 Mk.) inklusive Überstunden zu erkämpfen, so wird das als sehr guter Lohn angesehen. Natürlich sind, wie überall, auch hier solche Arbeiter vorhanden, die gut über den Durchschnitt verdienen, aber davon hat die große Masse der schlecht-bezahlten gar nichts.

Auf unsere Frage, ob denn die Arbeiter nicht organisiert seien, erhielten wir die Auskunft: seitdem 1891 bei Cockerill der große Streik gewesen, unterdrückte die Firma jede gewerkschaftliche Organisation. Damals haben die Arbeiter nicht siegen können, sie wurden nur wieder beschäftigt unter der Bedingung, ihr Organisations-Mitgliedsbuch abzugeben, und sie mußten versprechen, sich in Zukunft keiner Gewerkschaft mehr anzuschließen. Die Firma kultivierte dann die „Wohlfahrtseinrichtungen“ und es gelang ihr, die Arbeiter „zufrieden“ zu machen, — bis der Krug auch hier brach! Zurzeit kann in der großen belgischen Eisen- und Stahlindustrie von einer Metallarbeiterorganisation so gut wie keine Rede sein. Daher auch die miserablen Zustände.

Die Lütticher Waffenarbeiter sind ebenfalls nicht organisiert. Es ist vorwiegend Feinindustrie und damit ist für den Kenner der Gewerkschaftsbewegung genug gesagt. Auch hier staßen wir auf die Anschauung, die „eigene Werkstatt“ sei dem Fabrikatiblieum vorzuziehen. Die Werkstattinhaber kommen sich als „selbständig“ vor und glauben wohl gar, sich als Kollegen von Cockerill ansprechen zu dürfen. Auch bei uns in Deutschland haben wir ja noch viel zu viel Heimarbeiter, denen eine Verpflanzung in die nach hygienischen Vorschriften eingerichtete Fabrik nur vom größten Vorteil wäre, die sich aber als „selbständige Meister“ vorkommen und verächtlich über die Organisation der Kollegen reden. So ist es auch in Lüttich, zum größten Nachteil für die unter erbärmlichen Verhältnissen lebenden Kollegen und ihrer Familien.

Die Dreherbewegung in Breslau.

In Nr. 32 wurde bereits durch Telegramm mitgeteilt, daß zwischen den streitenden Parteien eine Einigung erreicht worden ist. Wir wollen in nachfolgenden einen kurzen Rückblick geben, wie dies gekommen ist. Die Geschichte der Dreherbewegung Breslaus, als der eigentlichen Ursache des Ausperrungsbeschlusses, kann als bekannt vorausgesetzt werden, da darüber mehrfach berichtet worden ist. (Siehe auch Nr. 32.) Heute wollen wir uns damit beschäftigen, was erreicht worden ist und aus welchen Gründen heraus die Aussperrung sämtlicher Breslauer Metallarbeiter unterblieb und was sich sonst Interessantes dabei abgespielt hat. Bevor es zum Streit bei den fünf in voriger Nummer genannten Betrieben kam, war es bei 16 Firmen

mit 148 Arbeitern gelungen, annehmbare Zugeständnisse zu erzielen. Bei diesen Firmen sind Lohnzulagen von 2 bis 12 Pf. pro Stunde erreicht worden. Außerdem Prozentzulagen für Überstunden zwischen 15 bis 33 1/2 Prozent. Auch die Beseitigung sonstiger Mißstände, betreffend Ventilation, Heizung, Licht, Waschvorrichtungen und Stellung besserer Werkzeuge, wurde erreicht.

Zwei von den beitreifenden Betrieben wurde sehr rasch eine Einigung erzielt, bei F. W. Hofmann schon nach wenigen Stunden 2 bis 3 Pf. Zulage und Aufbesserung der Affordzulage, bei Archimedes wurde nach 3 Tagen folgender Vergleich abgeschlossen:

1. Prüfung der Affordzulage und eventuelle Aufbesserung derselben, wo und soweit es uns möglich ist. Es wurde verabredet, die für die Werkzeugfabrikation in Betracht kommenden Affordpreise zuerst zu prüfen und die neuen Sätze den Werkzeugdrehern bald mitzuteilen. Die aufbesserungsfähigen Affordpreise in der Maschinenbauabteilung sollen von Fall zu Fall bestimmt beziehungsweise vereinbart werden.
2. Festsetzung von Stundensöhnen für den Fall, daß Dreher einmal Lohnstunden machen müssen. Die bereits festgesetzten Stundensöhne sind der Abordnung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden (mit wenigen Ausnahmen 40 Pf. die Stunde).
3. Die Arbeitszeit für die Dreher beträgt 58 Stunden in der Woche und wird dabei möglichst berücksichtigt werden, während des Sommers die Arbeit an den Montagen um 7 Uhr früh zu beginnen und an Sonnabenden um 4 1/2 Uhr nachmittags zu beenden. Im Winterhalbjahr und an den anderen Arbeitstagen bleibt die Dauer der Arbeitszeit unverändert.
4. Für etwa vorkommende Überstunden, welche im Sommer von 5 1/2 — im Winter von 6 1/2 Uhr — und falls im Winter ebenfalls von 6 bis 6 1/2 Uhr gearbeitet wird, ebenfalls von 5 1/2 Uhr nachmittags an gerechnet werden, wollen wir 25 Prozent Überstundenzuschlag gewähren.

Auch bei Meinecke, deren Direktor Philipp Barn Vorsteher des Industriellen-Verbandes ist, gelang es ohne Streit, annehmbare Zugeständnisse zu erzielen. Dort wurde folgendes vereinbart:

1. Die Arbeitszeit im Sommerhalbjahr, das ist vom 1. April bis 31. September, beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 6 Uhr (gleich 9 1/2 Stunden).
2. Für jede Überstunde werden 15 Prozent vergütet.
3. Für Güpsteile, welche bei Bearbeitung als unbrauchbar gefunden werden, ist der Stundenlohn zu berechnen.
4. Ergibt sich, daß ein Affordarbeiter seinen Stundenlohn nicht verdient, so sind in der Frage kommenden Affordpreise demnach aufzubessern, sofern es an der Kalkulation liegt.
5. Werkzeugausgabe: vor- und nachmittags je 3 Stunden.
6. Genügende Ventilation. (Sitz schon in Arbeit.)
7. Ein zweiter Ausgang für mittags und abends bei Schluß der Arbeit aus dem Garderobe- und Waschraum.
8. Verbesserung der Markenkontrolle.

Die Löhne entsprachen einigermaßen dem, was angestrebt wurde, da, wo dies nicht der Fall, ist Aufbesserung eingetreten. Nachdem nun in den fünf von der Lohnkommission bestimmten Betrieben der Streik ausgebrochen, kam am 27. Juli der von uns erwartete Beschluß über die projektirte Aussperrung, dessen Wortlaut wir der Denkwürdigkeit der ganzen Bewegung und der Übersicht halber hier wiedergeben wollen:

„Am 25. Juli traten die Bevollmächtigten hiesigen Mitglieds des Verbandes Schlesiener Metallindustrieller sowie die Bevollmächtigten der hiesigen Waggon- und Maschinenfabriken zu gemeinsamer Beratung zusammen, um sich über Abwehrmaßregeln schlußförmig zu machen gegenüber den durch die Organisationen der Arbeitnehmer behufs Durchführung eines Lohntarifs in Szene gesetzten Streikstreiks.“

Die Härtnachhaltigkeit, mit der die Organisation der Arbeitnehmer immer und immer wieder bestrebt ist, Lohntarife behufs Vereinbarung von Minimalansätzen, Affordgarantien, Herbeiführung der 9stündigen Arbeitszeit, sowie tarifliche Bindung überhaupt, zu erzielen, zwingt die Arbeitgeber, energig Stellung gegen diese Bestrebungen zu nehmen, da Handel und Industrie durch die fortwährenden für diese Zwecke in Szene gesetzten partiellen Streiks beunruhigt und in ihrer geordneten Entwicklung gehemmt werden.

Aber nicht nur die Arbeitgeber, auch die Arbeitnehmer sind die Geschädigten. Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse können nicht durch Zwang und Tarif erreicht werden, das kann nur erzielt werden durch Steigerung der Leistungsfähigkeit industrieller Unternehmungen, für welche eben auch die Leistungen der Arbeitnehmer einen bedeutenden Faktor darstellen. — Zurückgehende Werte, Werke, die keinen Abzug haben, die nicht Hervorragendes leisten, können nichts verdienen, können also auch nicht die Löhne aufbessern.

Trotz der in Erscheinung getretenen weitgehenden Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, den Wünschen der Arbeitnehmer entgegenzukommen, soweit dies möglich ist, trotzdem laufend Lohnverhöhungen, bessere Bezahlung der Überstunden, Verkürzung der Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben vorgenommen worden sind, haben es die Organisationen doch vorgezogen, durch Verhängung von Streiks bei einzelnen Fabriken, welche durch die Auslösung hierzu bestimmt wurden, Anerkennung von Tarifforderungen erzwingen zu wollen. So wie jeder Druck Gegenstand erzeugt, so führte auch hier die Unertlichkeit dieser Zustände zu einem Zusammenschluß aller hiesigen Betriebe zwecks gemeinsamen Vorgehens und um zu verhindern, daß durch die jetzt beliebte Taktik der Organisationen die wirtschaftlich Schwächeren durch langames Verbluten nachgiebig gemacht werden.

Die Beratungen stützten den Beschluß, daß bei sämtlichen hiesigen Firmen der vorbeschriebenen Industrien alle organisierten Metall-, Eisen- und Revolverdreher vom Dienstag den 1. August cr. ab, ausgesperrt werden, falls nicht die bei den einzelnen hiesigen Betrieben in Aussicht getretenen Metall-, Eisen- und Revolverdreher am Montag den 31. Juli cr. die Arbeit wieder aufgenommen haben. Bleibt diese Maßnahme ohne Erfolg, so schließen sämtliche bezeichneten Firmen am Mittwoch den 9. August cr. abends ihre Betriebswerkstätten.“

Dieser Beschluß wurde mit 24 gegen 23 Stimmen gefaßt und den Breslauer Zeitungen zur Veröffentlichung überfandt. Am gleichen Tage (27. Juli) wurde in 26 Betrieben folgendes bekannt gegeben: „Zwecks Durchführung eines Lohntarifs haben die Dreher in einzelnen Betrieben auf Veranlassung ihrer Organisation die Arbeit niedergelegt, trotzdem die Arbeitgeber nach Möglichkeit Entgegenkommen gezeigt haben. Zur Abwehr dieser Angriffe hat sich der Metallindustriellen-Verband im Verein mit den hiesigen Waggon- und Maschinenfabriken heute gezwungen gesehen, folgenden Beschluß zu fassen:

Sollten die bei einzelnen Firmen in den Aussicht getretenen Metall-, Eisen- und Revolverdreher am Montag den 31. Juli cr. die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so sperren die unterzeichneten Firmen sämtliche organisierten Eisen-, Revolver- und Metalldreher am Dienstag den 1. August cr. ab.

Bleibt diese Maßnahme ohne Erfolg, so schließen die unterzeichneten Firmen Mittwoch den 9. August abends ihre Betriebswerkstätten.“

- | | |
|--------------------------------|-------------------------|
| Meinecke | Ernst Hoffmann |
| Archimedes | Amand Kriegl |
| Beckmann | Gutsmann |
| Eisenbahnwagenbau | Maschinenfabrik Breslau |
| Böhme, Dampfkegel | Niedlich |
| Bresl. Akt. f. Träger u. Eisen | Sudow |
| Konstruktion | Schammel |
| August Dauber | Tretenberg |
| Diener & Wolf | Pringsheim |
| Feige | Caspar Polheim |
| Hedmann | Waggon Hoffmann |
| Grüner & Knauth | Wendler |
| Heinrich | Zenker & Quabius |
| F. W. Hoffmann | |

Die Breslauer Metallarbeiter haben, wie dies aus den Berichten in Nr. 32 ersichtlich, die Dinge ruhig an sich heran kommen lassen. Die Folge war, daß am Dienstag den 1. August in 21 Betrieben 221 Mann ausgesperrt wurden. Damit schien der große, zum 9. August angekündigte Kampf unvermeidlich. Aber es kam anders. Den

Unternehmern muß wohl doch, angesichts der Einigkeit der Arbeiter, die in aller Ruhe aus den Betrieben herausgingen, etwas schwill zu Mute geworden sein. War schon am 31. Juli, in letzter Stunde vor der Aussperrung, bei Caspar Polheim eine Einigung auf annehmbaren Grundzulage erfolgt (39 Pf. Mindestlohn, 25 Prozent für Überstunden, Zufügung von 60 Prozent Mehrverdienst bei Afford und dementsprechend Aufbesserung mangelhafter Afforde), so gelang es am 3. August bei Gutsmann, auf sehr annehmbaren Grundzulage eine Einigung zu schaffen. Die dort beschäftigten Kollegen haben anlässlich der Lohnbewegung 68stündige Arbeitszeit und 10 bis 15 Pf. Lohnausbesserung die Stunde erreicht, so daß jetzt die Löhne zwischen 32 bis 40 Pf. betragen. Von den 19 Drehern haben 8: 40; 4 oben 5: 38; 4: 35 und die übrigen 32 Pf. pro Stunde. Ferner Aufbesserung aller schlechten Afforde und Beseitigung sonstiger Übelstände. Nun blieb nur noch die Maschinenbauanstalt Breslau übrig. Hier gestaltete sich der Kampf äußerst hartnäckig. Nachdem aber auch Gutsmann sich mit den Arbeitern geeinigt, ging der Herr Direktor Meumann, der noch drei Tage vorher bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit geordert hatte, auf unseren Vorschlag ein, mit allen 96 Drehern seines Betriebs zu verhandeln. Die Verhandlungen, die Freitag den 4. August, nachmittags von 3 bis 6 Uhr stattfanden, zeigten das innerlich erreichte Resultat, daß den Drehern unter 30 Pf. Lohn 4 Pf. die Stunde Zulage, denen die 30 bis 32 Pf. hatten: 3 Pf., denen mit 33 bis 44 Pf.: 2 Pf. und schließlich denen über 40 Pf.: 1 Pf. Zulage gewährt wurde. Löhne unter 30 Pf. gibt es jetzt, soweit die Dreher in Betracht kommen, nicht mehr. Von den 96 Drehern erhalten zirka 18: 30 Pf. alle anderen entsprechend obigen Sätzen mehr. Die Arbeitszeit wurde auf 56 1/2 Stunden festgesetzt. Damit erklärten wir uns einverstanden. Der Sieg, wenn auch kein voller, war auf unserer Seite, die Aussperrung zum 3. August hinfällig. Am 7. August wurde fast allgemein die Arbeit aufgenommen. Da, wo bisher noch keinerlei Zugeständnisse gemacht worden waren, erhielten unsere ausgesperrten Kollegen den Auftrag, jetzt zu verhandeln und herauszuschlagen, was sie herauszuschlagen könnten. Das ist auch geschehen und so unser Sieg und Erfolg auf der ganzen Linie zu einem vollständigeren gemacht. — Nur bei Kemna, einem Oberkassamacher, kam es nicht gleich zur Aufnahme der Arbeit. Kemna verlangte Austritt aus der Organisation. Außerdem solle jeder einzelne kommen und um Arbeit bitten. Das gab es unter solchen Umständen natürlich nicht. Und auch Kemna mußte klein beigeben. Beschlossen, wie sie herausgegangen, gingen die Dreher wieder in den Betrieb hinein, gelobend, jeher denn je an der Organisation festzuhalten.

Herr Kemna ist überhaupt ein komischer Herr. In den Tagen vom 28. Juli bis 4. auf 5. August hatte er alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die bei ihm beschäftigten Tischler, Schlosser, Formner u. s. w. zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Natürlich ohne Erfolg. Nur bei zwei oder drei Mann hat er wirklich Glück gehabt, die übrigen haben entweder gar keine Antwort darauf gegeben oder aber ihn hingehalten. Dies für bare Münze nehmend, seigte er sich flugs hin und schrieb vor Freude dies: „Es ist mir eine große Freude gewesen zu hören, daß gestern und heute eine beträchtliche Zahl meines Personals seinen Austritt aus dem Sozialdemokratischen Verband angemeldet hat und zum Teil anmelden will. Ich freue mich, daß dadurch von einem Teile meines Personals Elend und Armut abgewendet wird, und hoffe, daß diesem Beispiel noch recht viele folgen werden. Um feststellen zu können, wer wann nach dem 9. August noch bei mir beschäftigt werden kann, ersuche ich alle diejenigen, welche keinem Sozialdemokratischen Verband angehören oder aus demselben ausgetreten sind, sich täglich bei mir im technischen Bureau von 1/2 10 bis 10 Uhr zu melden.“

Wir können Herrn Kemna heute verraten, daß wir uns, als wir sein Schreiben lasen, föhlich darüber amüsiert haben. Vielleicht verrät uns aber Herr Kemna nachträglich noch, wie viel Mann sich denn eigentlich in seinem Kontor gemeldet haben. Das festzustellen wird ja nicht so schwierig sein. — Alles in allem können wir mit dem Verlauf der Dreherbewegung zufrieden sein. Sie hat den Drehern nicht unerhebliche Vorteile gebracht. Die angebotene Aussperrung hat Hunderten die Löhne gehöhrt und ihnen gezeigt, daß es Wohnlich ist, zu glauben, es gäbe eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Nur was der Arbeiter sich mit Hilfe der Organisation erriegt, das wird er besitzen, das wird er, treu zur Organisation haltend, sich und seinen Kollegen erhalten können. Aber nicht nur in Breslau dürfen viele aus ihrer Gleichgültigkeit, ihrem Stumpfsein erwacht sein, auch in der Provinz. Zeigt dieser Vorgang doch, daß auch unsere schleichenden Unternehmer den Versuch machen, das neue Mittel der Arbeiterbefähigung sich zu eignen zu wagen. Vorwärts daher, Metallarbeiter Schlesiens, müßt die Zeit! Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Nur durch die Organisation können Vorteile errungen und festgehalten werden.

Der Bericht der mittelfränkischen Handelskammer für das Jahr 1904

enthält über die Schlagmetall- und Bronzeindustrie etc. einige sehr bemerkenswerte Berichte der Unternehmer dieser Branche, die auch für die Arbeiter von großem Interesse sind. Die Berichte sind natürlich nicht kritiklos hinzunehmen. Die Angaben über die Lohnverhältnisse bedürfen zunächst einer kritischen Nachprüfung, die unsere Verbandskollegen, die in diesen Industriezweigen arbeiten, auf Grund ihres wirklichen Arbeitsverdienstes leicht vornehmen können. — Die betreffenden Berichte lauten:

Blattgold (echt).

I. Bericht. Der Geschäftszweig in der Blattgoldbranche war während des Jahres 1904 ein anhaltend schleppender und die Umsätze sind gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Die Preise für die benötigten Roh- und Hilfsstoffe sind sich gleich geblieben, ebenso auch die Löhne. Der Export nach den Untereländern ist zurückgegangen. Die Preise mußten wiederholt herabgesetzt werden, um der ausländischen Konkurrenz einigermaßen entgegenzutreten zu können.

II. Bericht. Eine Besserung in diesem Geschäftszweig hat sich im Jahre 1904 nicht gezeigt. Die Industrie leidet unter einer sehr großen Überproduktion. Die größeren und mittleren Betriebe haben deshalb während der ganzen Dauer der Jahre 1903/1904 die Arbeitszeit auf fünf Tage um 2 Stunden pro Woche reduziert. Trotz dieser verminderten Arbeitszeit und der dadurch herbeigeführten Produktionsbeschränkung hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Blattgold nicht gebessert. Während die großen und mittleren Betriebe infolge Tarifvertrags streng geregelte Arbeitszeit und hohe Lohnsätze eingehalten haben, wird in vielen kleinen handwerksmäßigen Betrieben über die normale Arbeitszeit hinaus gearbeitet und die dadurch herbeigeführte große Produktion parallelisiert so ziemlich die Wirkung der Produktionsbeschränkung der größeren Betriebe. Es ist der Kampf ums Dasein, der hier in reifster Form zum Ausbruch gekommen ist und der allem Anschein nach auch im laufenden Jahre in diesem Stadium bleiben wird. Daß bei solchen Zuständen die Verkaufspreise nicht mehr ausbrechend sein können, ist klar. Die Löhne sind unverändert, in der Branche scheint die Krise in Permanenz zu bleiben.

Bronzearbeiten und Protate.

Während des ersten Semesters des Jahres 1904 war die Nachfrage für diese Artikel wenig bedeutend; erst in den Herbst- und Wintermonaten ging das Geschäft besser, aber von Jahr zu Jahr verwickeltem sich die Verkaufspreise. Zurzeit leidet die Branche stark durch die Höhe der Kupferpreise und sehr schmerzhaft ist es, die Verkaufspreise des fertigen Fabrikats mit dem höheren Einkauf in Einklang zu bringen.

Die Auslandszölle sind sehr verhängnisvoll und wirken auf die hiesige Produktion äußerst ungünstig. So zum Beispiel erheben die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Zoll von 12 Cent (20 Pf.) für das (englische) Fund. Bei der fortwährend sinkenden Preis tendenz wirkt dieser Zoll beinahe prohibitiv und veranlaßt auch die Gründung von Zweigfabriken hiesiger Fabriken in den USA.

einigen Staaten, die dem zukünftigen Export nach dort stark Eintrag tun werden.

Die Zollpolitik der Vereinigten Staaten begünstigt diese Unternehmen auch noch dadurch, daß Rohmaterial zur Bronze- und Profabrikation und halbverarbeitete Material zur Fertigstellung drüber zollfrei zugelassen werden.

Die Aussichten für diese Industrie verschlechtern sich also von Jahr zu Jahr und dazu kommen noch die neuen Zolltarife. Denn auch, soweit bis jetzt bekannt, die Schweiz und Rumänien die Tarife für Bronzepulver etwas ermäßigt haben, so gibt dies keinen Anlaß, weil in diesen Ländern der Konsum nicht groß ist.

Auch Österreich-Ungarn erhöht die Eingangszölle um circa 15 Prozent. Der Export wird unter solchen Umständen zurückgehen und die Absatzverhältnisse werden sich verschlechtern, denn daß sich durch Mehrabsatz im Inland hier ein Ausgleich schaffen ließe, ist ausgeschlossen, weil diese Industrie vielleicht zu 90 Prozent ihrer Produktion auf die Ausfuhr angewiesen ist.

Blattmetall.

Die Herstellung dieser Ware liegt hauptsächlich in den Händen der Klein- und Hausindustrie, die ihrerseits wieder von den großen Metallfabriken abhängt; denn die letzteren sind für den Kleinindustriellen nicht nur der Lieferant des Rohmaterials, sondern auch in der Hauptsache der Abnehmer des fertigen Produktes.

Während im Anfang der Bewegung die Vereinigung für die Schlagmetallfabrikanten durch Hebung der Verkaufspreise von gutem Erfolg war, konnte dieser befriedigende Zustand leider nicht aufrecht erhalten werden, da es sich herausstellte, daß die böhmische und sächsische Konkurrenz zu einem Anschluß an die hiesige Vereinigung nicht zu bewegen war.

Schlagmetall.

Die Nachfrage für Schlagmetall war im Laufe des Berichtsjahres unter dem Einfluß der oben geschilderten Vorgänge nicht lebhaft. Dazu sind die Zollverhältnisse des Auslandes nicht gegen diese Industrie. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beispiel sperren seit lange den dortigen Markt durch einen Prohibitivzoll von circa 75 Prozent des Wertes ab.

Brettformen.

Brettformen werden in der Hauptsache für die inländische Metallpapierindustrie verbraucht. So lange diese Formen durch Handschlägerei hergestellt wurden, gab die Fertigung derselben einer großen Anzahl von Kleinmeistern regelmäßige Beschäftigung.

Die Preisbewegung nach oben erstreckte sich natürlich auch auf diesen Zweig der Metallschlägerei, was für dieselbe aber verhängnisvoll deshalb, weil die künstliche Höherbewertung der Brettformen zeitlich mit den Versuchen eines Teiles der Metallpapierindustrie zusammenfiel, ihren Bedarf an Brettformen durch mechanische Hämmer selbst zu schlagen.

Der Erfolg war bis jetzt auf Seiten der Metallpapierfabriken und wird auch da bleiben, wenn die Metallschläger sich nicht entschließen können, ihre Verkaufspreise soweit zu ermäßigen, daß die noch nicht mit mechanischen Hämmer arbeitenden Metallpapierfabriken die Konkurrenz mit der Maschinenarbeit erfolgreich aufnehmen können.

Bronzefarbenindustrie.

Die Lage dieses Industriezweigs gibt im allgemeinen zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Der Gang des Geschäftes konnte während des ganzen Jahres 1904 als ein befriedigend guter bezeichnet werden. Die Verwendung von Bronzefarben ist im allgemeinen steigend, nachdem sich fortgesetzt neue, wenn auch kleinere Absatzgebiete bei Industrien verschiedener Art erschlossen.

Die Preise der Rohmaterialien für Herstellung von Bronzefarben sind im abgelaufenen Geschäftsjahr durchschnittlich ziemlich hohe gewesen, die Löhne der Arbeiter haben wesentliche Veränderungen nicht erfahren.

Der vom Jahre 1906 ab in Kraft tretende neue Zolltarif wird voraussichtlich die Ausfuhr von Bronzefarben nach Rußland und Österreich-Ungarn sehr ungünstig beeinflussen.

Das Geschäft in Sulfid- und Natriumsulfid zeigt im Jahre 1904 wesentliche Veränderungen nicht. Die Ausfuhr von Sulfid in großen Massen wird durch hohe Eingangszölle in verschiedenen Staaten erschwert.

Die Ausfuhr von Sulfid in großen Massen wird durch hohe Eingangszölle in verschiedenen Staaten erschwert. In großen Mengen aber hat sich das Geschäft in mäßiger Weise gehoben, so daß der Absatz in Sulfid- und Natriumsulfid ein zufriedenstellender genannt werden kann.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Politik.

Wie die Tageszeitungen melden, haben die Essener Gewerkschaften kürzlich ein Programm entworfen, das den bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Essener Kreise aufgestellten Kandidaten zur Anwendung nahegelegt worden ist.

- 1. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zu Reichs- und Landtag sowie zu den Gemeindekollegien.
2. Uneingeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter, auch für landwirtschaftliche und Gewerbetreibende.
3. Rechtsgleichheit der Gewerkschaften ohne behördliche Kontrolle.
4. Abschaffung der Schadenerschaft für den aus der rechtmäßigen

Benutzung des Koalitionsrechtes den Arbeitgebern entstehenden Schaden.

4. Einrichtung von Arbeiterkammern.

5. Zehnstündiger Maximalarbeitstag für alle männlichen und weiblichen Arbeiter.

6. Achtstündiger Maximalarbeitstag für verheiratete weibliche Arbeiter.

7. Achtstündiger Maximalarbeitstag für alle Bergarbeiter sowie für alle in Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter.

8. Ausbau und Verschmelzung der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterversicherungsgeetze. Wolle Selbstverwaltung durch die Interessenten.

9. Energetische Weiterführung der Sozialreform auf allen Gebieten des Arbeiterrechtes.

10. Progressive Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer unter Freilassung der kleineren Einkommen und Vermögen.

11. Abschaffung der die Volksmasse belastenden indirekten Steuern.

12. Abschaffung aller Schutzzölle auf Lebensmittel und diejenigen Industrieprodukte, die des Schutzes nicht mehr bedürfen.

13. Verstaatlichung des Bergbaues. Nichtanschluss mit der staatlichen Förderung an das Syndikat, vielmehr Verstaatlichung des Syndikats zur Preisregulierung und Herabsetzung der Kohlenpreise.

14. Verbesserung des Volksschul- und Fortbildungsschulwesens derart, daß die unteren Volksschulen besser gelockt ins Leben treten. Verlegung des Fortbildungsunterrichtes in die Arbeitszeit.

15. Schaffung eines freien Reichsvereins- und Versammlungsrechtes.

16. Schaffung eines Reichswohnungsgeetzes.

17. Ablehnung und Abschaffung aller Ausnahmegeretze und Ausnahmemaßnahmen der Verwaltungsbehörden, richten sie sich gegen Konfessionen oder Parteien.

18. Festsetzung des Wertwuchses an Grund und Boden, überhaupt Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, das Monopol des Bodenbesitzes zu brechen.

19. Ablehnung jeglicher weiteren gesetzlichen Maßnahmen, die geeignet sind, die Entwicklung des Konsumvermögens zu behindern.

Dem Programm war bei der Übersendung an die vier Kandidaten des Wahlkreises folgendes Schreiben beigelegt:

„Der unterzeichnete Ortsverband der deutschen Gewerkvereine Esen gestattet sich, Ihnen folgendes zur gefälligen Kenntnisnahme und Beantwortung ergeben zu unterbreiten.“

Zu der bevorstehenden Reichstagswahl halten wir uns als politisch und religiös neutrale Arbeiterorganisation für verpflichtet insofern Stellung zu nehmen, als wir den einzelnen Kandidaten aller Parteien diejenigen wichtigsten Forderungen unterbreiten wollen, die die Arbeiter von ihrem Standpunkt aus nach unserer Ansicht an die Gesetzgebung stellen müssen.

Da die Reichstagswahl darüber entscheidet, wie der Wahlkreis Esen im Reichstag vertreten sein wird, heftigsten wir, durch die eingehenden Antworten auf unsere Fragen, sowie nach dem sonstigen Wahlprogramm der einzelnen Kandidaten, unseren Mitgliedern für die bevorstehende Wahl Wahlhaltspunkte zu geben, nach welcher Richtung sie als wirtschaftlich organisierte Arbeiter ihre Stimme geben sollen.

Bei der letzten Gewerkschaftswahl brachte der unterzeichnete Ortsverband im Stadtkreis Esen rund 1000 Stimmen auf. Dies Verhältnis auf den mit Ortsvereinen der deutschen Gewerkvereine reich durchsetzten Wahlkreis und die Reichstagswahl übertragen, ergibt für uns mutmaßlich eine weit größere Stimmenzahl. Diese dürfte für das Ergebnis der Wahl ausschlaggebend werden können, wenn sie nach einer Seite hin abgeben wird.

Um feststellen zu können, wie die einzelnen Kandidaten zu unseren Wünschen und Forderungen an die Gesetzgebung stehen, gestatten wir uns, Ihnen beifolgend neunzehn Forderungen zu unterbreiten mit der höflichen Bitte, uns gefälligst bis zum 27. August d. J. Ihre Stellung zu den einzelnen Fragen mitteilen zu wollen, damit wir unsere Entscheidung rechtzeitig zu treffen in der Lage sind.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, bis zu dem bezeichneten Zeitpunkt im Beise Ihrer geschätzten Antwort zu sein, die wir an das Gewerkschaftsbureau Esen, Postallee 33, zu adressieren bitten.

Was die Essener Gewerkschaften mit ihrem Vorgehen bezwecken, soll überhaupt als künftige Richtschnur für die Gewerkvereine gelten.

Einige sozialdemokratische Blätter haben bei der Wiedergabe des obigen Programms eine Art Genußnahme über das Vorgehen der Essener Gewerkschaften geäußert. Die Leipziger Volkszeitung schrieb: „Sie brechen aus! Die Gewerkvereine nämlich aus der großen Furcht, die die Freimänner mit so viel Mühe um sie herum aufgerichtet haben.“

Die Leipziger Volkszeitung: „So schwimmen den betäubten freimännigen Loggerbern die letzten Felle auf dem Strome der politischen Entwicklung davon. Und sie hängen ihre Harzen an die Trauerweiden!“

Was so liegen die Dinge nun nicht. Die rheinisch-westfälischen Gewerkschaften unter Führung von Erkelens verfolgen ein ganz anderes Ziel als sich nur von den freimännigen Loggerbern zu trennen.

Herr Erkelens hat seine „Veden“ in einem längeren Artikel der Frankfurter Zeitung wiederholt, wie er sie schon seit Jahr und Tag im Gewerkschaftsbüro vertreten hat. Die deutschen Arbeiter sollen danach das englische Muster sich aneignen, die Vertretung ihrer Interessen den verschiedenen politischen bürgerlichen Parteien zu übertragen.

Herr Erkelens schreibt in der Frankfurter Zeitung unter anderem: „Die freien Gewerkschaften erblicken in der Sozialdemokratie ihre einzig wahre politische Vertretung. Auch die wohlwollendsten Versuche von bürgerlicher Seite, es anders werden zu lassen, sind gesehert.“

Das trotz schwindend geringem sozialdemokratischer Abgeordneter geringer Maß politischer Einflusses der freien Gewerkschaften hat uns die Enttorene einer verpöhlerten Arbeiterbewegung gegeben, ein Umstand, der uns noch kränkelnder in großer Zahl bejammern wird.

Die Antipoden, die christlichen Gewerkschaften, fallen in denselben Fehler. Sie wollen neutral sein, sie freuen sich sehr, wenn aus selbstverständlichen Statutenänderungen wie die des Gewerkschafts der Bergarbeiter § 4 eine Freisprechung entsteht, die ihre Neutralität im besten Lichte leuchten läßt.

Und doch muß diese Neutralität ein Trugsbild sein, da sich die christlichen Gewerkschaften, weil sie „christlich“ sind, weil sie mit der christlichen Weltanschauung operieren, politisch nur auf das Zentrum stützen können. Man zeige uns eine andere Partei, an die sie sich anlehnen könnten. An die Nationalliberalen? Das sind Arbeitgebervertreter, und soweit sie es nicht sind, kaum Anhänger der „christlichen Weltanschauung“, wie sie von den Zentrumspolitikern der christlichen Gewerkschaften verstanden wird.

Oder sollen sie sich politisch auf die Handvoll Antiquitäten stützen, die nebenbei noch Proteges der Mittelstandspartei sind? Oder etwa auf Adolf Stöcker? Blieben als einzige die Konfessionen. Das die im Grunde niemals politisch die Gewerkschaften der christlichen Gewerkschaften besorgen, glaubt kein Mensch, besonders seitdem der Bergarbeiterpreis die Kohlenbarone sehr nahe an die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen der Industriellen und der Diplomatie erinnert hat.

Die christlichen Gewerkschaften mögen also wollen oder nicht, so lange sie die „christliche Weltanschauung“ als Agitationsparole gebrauchen wollen, können sie politisch nur etwas erreichen in Arbeiterkreisen u. s. w. mit dem Zentrum. Das schreit mit eben dem großen Geheimnis zu sein, welches die gesellschaftlichen Volkselemente veranlaßt, allen Regeln ihrer Religion zuwider und gegen eine scharfe Opposition innerhalb der Zentrumspartei „interkonfessionelle Gewerkschaften“ zu empfangen.

Wir sehen so, beide genannten Richtungen in der Arbeiterbewegung können die Voraussetzung parteipolitischer Neutralität nicht erfüllen, wodurch sie wieder zu befähigtem Treppensprungmoment und so die Veranlassung zur Schwäche und Zerstückelung sind.

Diese Art der Zeit drängt mehr und mehr die deutschen Gewerkschaften auf die Bahn, welche sie schon vor zwanzig und dreißig Jahren hätten wandern sollen, allerdings damals aus

mancherlei hier nicht zu erörternden Umständen nicht gewandert sind. Die jüngere Strömung innerhalb der deutschen Gewerkvereine erkennt die Wichtigkeit der parteipolitischen Neutralität und bemüht sich, vor allem tüchtige Leute aus allen politischen Parteien zur Mitarbeit innerhalb der Gewerkvereinsbewegung heranzuziehen. An mancherlei Umständen lag es früher, daß freirechtliche Leute, die nicht auf eine bestimmte Richtung hin arbeiteten, nicht recht ein Betätigungsfeld fanden. Dieser Jopf und viele andere sind in den letzten Jahren im harten Kampfe entfernt worden. So ist man sich bewußt geworden, daß eine parteipolitisch neutrale Gruppe in der heutigen Arbeiterbewegung der Sauerkeit des Einigungsgeankens werden kann. Es heißt einmal mutvoll eine neue Bahn betreten, sich durch Zammern und Klagen nicht von dem als richtig Erkannten abbringen zu lassen. Daß wir die Notwendigkeit politischer Macht für die Arbeiterbewegung erkannt haben und nach Wegen suchen, sie zu gewinnen, beweisen besonders die Tagungen des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes der deutschen Gewerkvereine, die sich bereits zweimal mit dem Thema: Die Gewerkvereine und die Politik beschäftigt haben. Und in der nächsten Zeit wird auch darüber eine besondere Broschüre im Verlag Gewerkschaften Düsseldorf erscheinen.

Worbilder zu den Wegen einer neutralen Arbeiterorganisation, politischen Einfluß zu erringen, darf man in Deutschland nicht suchen, solche kann uns nur die an London ähnliche englische Gewerkvereinsbewegung schaffen. Sydney und Beatrice Webb geben in ihrem Buche: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine, erster Band, Seite 280 ff., Auskunft darüber, wie die englischen Arbeiter vorgehen, und im Wege der gesetzlichen Verfügung ihre Gewerkschaften durchsetzen wollten. Im Rahmen dieses Artikels näher darauf einzugehen, ist uns nicht möglich. Es sei nur festgestellt, daß die Webbs von erreichten größeren Erfolgen nur bei den Textilarbeitern und teilweise bei den Bergleuten von Northumberland und Durham zu berichten wissen. Die Gründe der Mißerfolge mögen Interessenten an der bezeichneten Stelle nachschlagen. Erst die nächsten englischen Parlamentswahlen werden ein Urteil darüber gestatten, ob das neuere Vorgehen mit der Gründung einer gewerkschaftlichen Arbeiterpartei erfolgreicher sein wird. Wenn man der Ansicht der Webbs zustimmt, ergibt sich aber, daß die bisherigen Mißerfolge keineswegs in einer Unvereinbarkeit der Prinzipien einer parteipolitisch neutralen Arbeiterorganisation und der Erringung politischen Einflusses begründet sind, sondern aus der Kurzsichtigkeit und Ungeheuerlichkeit englischer Arbeiterführer entspringen. Die am meisten gebrauchte Art, politischen Einfluß zu erringen, war folgende: Die Gewerkschaften formulierten vor der Wahl in den einzelnen Wahlkreisen ihre Forderungen an die Gesetzgebung und legten dieses Programm allen aufgestellten Kandidaten vor. Sie stimmten dann bei der Wahl für denjenigen Kandidaten, der ihnen das meiste an Entgegenkommen bot. Ob sie bei dieser Entscheidung auch die gesamte politische Stellung mit in Betracht zogen, geht aus der uns bekannten Literatur nicht hervor.

Einem ersten Versuch solcher Art auf deutschem Boden will bei der bevorstehenden Reichstagswahl im Wahlkreis Esen (Ruhr) der dortige Ortsverband der deutschen Gewerkvereine machen. Zu den bereits genannten allgemeinen Erwägungen kamen für diesen im Wahlkreis Esen noch folgende mehr örtliche Momente in Frage. Es stehen sich drei Kandidaten hauptsächlich gegenüber: Zentrum, nationale Parteien und Sozialdemokratie. Wer von den dreien in die Stichwahl kommt und wie der endgültige Ausgang der Wahl sein wird, vermag mit Sicherheit niemand abzuschätzen. Heute scheint durch die Kandidatur des Reichstagsabgeordneten Meyer, der aus lokalen Gründen einen großen Anhang besitzt, die Aussicht der sogenannten „nationalen“ Partei etwas gebessert. Andererseits tut ihr freilich die christlich-sozialistische Kandidatur des Arbeitersekretärs Behrens, der insgeheim das Zentrum unterstützt, um in seinem Wahlkreis Allenkirch von Zentrum's Dank ein Mandat zu erwirken, wieder Abbruch. Der Ausfall der letzten Essener Gewerkschaftswahl läßt aber auch die Perspektiven der Sozialdemokratie, die im Wahlkreis Esen unter schweren inneren Differenzen zwischen den Ortsgruppen des deutschen Metallarbeiter- und des Bergarbeiter-Verbandes leidet (?), nicht gerade rosig erscheinen. Ebenso könnte für das Zentrum sein Verhalten in der Bergarbeiterschutznovelle von Schaden sein, wenn auch die anfänglich von Behrens gegen das Gesetz beeinflusste Stellung des Bergknappen, Organ des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter, nunmehr unter Einfluß von Esfert dem Wechselbalg genannt Bergarbeiterschutznovelle gegenüber etwas freundlicher geworden ist. Aus allem ergibt sich: Niemand vermag das schließliche Ergebnis der Wahl vorausszusehen, da es von wenigen hundert Stimmen abhängen dürfte.

Der Ortsverband der deutschen Gewerkvereine in Esen beteiligte sich zum erstenmal seit seinem Bestehen an der letzten Gewerkschaftswahl und vereinigte rund über tausend Stimmen auf sich, das heißt den sechzehnten Teil aller abgegebenen Stimmen. Die „Christlichen“ erzielten 7554, die „Freien“ 7164 Stimmen. Das zeigt uns, daß die Gewerkvereine bei der bevorstehenden Reichstagswahl etwas bedeuten können, wenn es ihnen gelingt, ihre Stimmen auf einen Kandidaten zusammenzuführen, um so mehr, weil bei der Gewerkschaftswahl nur der Stadtkreis in Frage kam, während bei der Reichstagswahl auch der mit Ortsvereinen der deutschen Gewerkschaften reich durchsetzte Wahlkreis mitbeteiligt ist. Man kann immerhin rechnen, daß die Gewerkvereine zur bevorstehenden Wahl etwa 2000 Stimmen in die Waagschale zu werfen haben, wodurch sie eventuell ausschlaggebend sind.

Aus diesen Darlegungen des Herrn Erkelens geht das Missonäre des ganzen Planes deutlich hervor. Glaubte Herr Erkelens wirklich, daß einer der bürgerlichen Kandidaten das aufgestellte Programm mit vernünftigen Helfen wollen? Möglich, daß sie es versprechen. Aber werden die Gewerkschaften in Esen auf solche Versprechungen hereinfallen? Werden sie bei der Entscheidung darüber nicht auch die gesamte politische Stellung der Kandidaten mit in Betracht ziehen? Man darf wirklich darauf gespannt sein, was die bürgerlichen Kandidaten antworten und wie dann die Gewerkschaften entscheiden werden.

Der Zentralrat der Gewerkschaften sieht das Vorgehen der Essener mit sehr scheelen Augen an. Er erläßt im Gewerkschaftsverband folgende Kundgebung:

„Das Bureau des Zentralrats billigt das Vorgehen des Ortsverbandes nicht und muß diesem die ganze Verantwortung für seinen eigenmächtigen Schritt überlassen. Das Vorgehen kann um so weniger gebilligt werden, als einem einzelnen Orts- oder Ausbreitungsverband nirgendwo das Recht eingeräumt ist, im Namen der Gewerkvereine politische Forderungen aufzustellen. Die Stellung der Gewerkvereine in der Öffentlichkeit kann nur durch die dazu berufenen Vertretungen des gesamten Verbandes, durch den Verbandstag oder den Zentralrat bestimmt werden. Der Ortsverband Esen hat bedauerlicherweise dem ihm erteilten Mafe entgegen sich auf ein Experiment eingelassen, für das der Wahlkreis Esen bei dieser Wahl wenig geeignet erscheint. Unter den achtzehn Forderungen sind obendrein solche, denen noch nicht aufgehobene Beschlüsse der Organisation entgegenstehen, beziehungsweise für die es bisher noch an einer Entscheidung durch den Verbandstag fehlt. Es kann sehr wohl auf dem nächsten Verbandstag erzwungen werden, ob ein Programm politischer Forderungen aufzustellen ist, um Kandidaten zu veranlassen, sich darüber zu äußern. Die englischen Gewerkvereine machen es heute schon so, und die Diener unseres Verbandes haben auf diese, die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkvereine während politische Betätigung wiederholt hingewiesen. Das Programm muß dann aber alle die Punkte vermeiden, über die es nicht zu einer Einigung kommen kann. Sonst wird nur Uneinigkeit in die Organisation getragen.“

Der Zentralrat sieht also Gewitterwolken im Anzug, die den Gewerkschaftsinhalt zu verdunkeln geeignet sind. Mit um so größerem Eifer werden deshalb der Gewerkschaften und der Regulator ihre „absolute Neutralität“, um desto besser im Trüben fischen und für alle bürgerlichen Parteien Liebesdienste leisten zu können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Firtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. August der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. August bis 2. September 1906 fällig ist.

Der Verband der neuen Statuten hat begonnen. Bei der großen Zahl, die zum Verband kommt, ist es natürlich unmöglich, die Verwaltungen gleich voll oder alle in einer Woche zu befriedigen. Wir ersuchen deshalb die Verwaltungen, die noch keine Statuten erhalten haben, sich noch etwas zu gebüden.

Bezüglich der Auszahlung der Reiseunterstützung scheint vielfach die Ansicht verbreitet zu sein, daß die neuen Bestimmungen über das Reisegeld schon am 1. Juli 1906 in Kraft getreten sind. Das ist nicht der Fall. Die betreffenden Sätze des neuen Statuts treten — da Reisegeld, Unzugs- und Erwerbslosenunterstützung vom 1. Juli 1906 an gegeneinander aufgerechnet werden — auch erst mit diesem Tage in Kraft. Bis dahin gelten die bisherigen Bestimmungen des § 5 des Statuts vom 1. Juli 1903. Das gleiche gilt auch für die Ortsunterstützung, wobei Reise- und Ortsunterstützung gegeneinander aufzurechnen sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:
 Der Verwaltungsstelle Wieser wöchentlich 5 Pf.,
 der Verwaltungsstelle Lammerspiel ab 1. September wöchentlich 5 Pf.,
 der Verwaltungsstelle Mühlheim a. Rh. wöchentlich 50 Pf.,
 der Verwaltungsstelle Mögeldorf ab 1. September wöchentlich 10 Pf.,
 der Verwaltungsstelle Wertheim a. M. wöchentlich 5 Pf.
 Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 3, Abs. 8a, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
 der Mechaniker Gustav Buchholz, geb. am 8. April 1870 zu Stettin, Buch-Nr. 546049;
 der Mechaniker Eduard Edel, geb. am 14. Februar 1866 zu Halberstadt, Buch-Nr. 649774 beide wegen unkollegialem Verhalten;
- der Girkler Julius Feldner, geb. am 28. März 1863 zu Hoherlöbme, Buch-Nr. 680316;
- der Instrumentenmacher Johannes Granzow, geb. am 31. Juli 1866 zu Berlin, Buch-Nr. 748344;
- der Instrumentenmacher Hermann Loigk, geb. am 29. September 1881 zu Posen, Buch-Nr. 500800;
- der Dreher Alfred Schmidt, geb. am 27. März 1879 zu Breslau, Buch-Nr. 807163, sämtliche wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gerdau:
 der Former Ernst Rottmann, geb. am 26. Dezember 1875 zu Westerbauer, Buch-Nr. 536729, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pflungstadt:
 der Schlosser Georg Fey, geb. am 1. September 1862 zu Pflungstadt, Buch-Nr. 698638;
- der Former Ludwig Hechler, geb. am 6. November 1875 zu Pflungstadt, Buch-Nr. 698624, beide wegen Streikbruch.

- Nicht wieder aufgenommen werden darf:
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
 der Mechaniker Willy Bolgan, geb. am 23. Oktober 1883 zu Berlin;
- der Arbeiter Richard Bräter, geb. am 24. Oktober 1869 zu Berlin;
- der Schlosser Hermann Freischmidt, geb. am 3. August 1854 zu Berlin;
- der Schlosser Max Pohlmann, geb. am 12. August 1866 zu Albrechtshau. Sämtliche sind bei Beginn des Streits aus dem Verband ausgetreten und verübten Streikbruch.
- Wieder aufgenommen wird:
 Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz:
 der Schlosser Friedrich Müller, geb. am 6. April 1873 zu Schloß-Chemnitz.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Effen:
 der Schlosser Emil Schmidt, zurzeit in Biersheim.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Der Schlosser Paul Thomas, geb. am 26. Juli 1884 zu Görlich, Buch-Nr. 654233, wird aufgefordert, sich gegen den Verdacht, seinen Logislogen befohlen zu haben, zu rechtfertigen. Sollte er dieser Rechtfertigung nicht nachkommen, erfolgt Ausschluß aus dem Verband und Anzeige.
 Gegen den Former Eugen Kogelsky, geb. am 13. Juli 1880 zu Königsberg, Buch-Nr. 807188, ist von der Verwaltungsstelle in Breslau der Antrag auf Ausschluß wegen Logisloshinweises und Diebstahl gestellt. Kogelsky wird hiermit aufgefordert, sich zu rechtfertigen, widrigenfalls sein Ausschluß erfolgt.

Von dem Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbandes werden wir ersucht, vor Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach Holland zu warnen, da dort allgemeiner Arbeitsmangel vorhanden ist und die zugereisten Kollegen bitteren Erfahrungen ausgesetzt sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Berner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Zeitung Nr. 32 ist irrtümlich Nordhausen angeführt, muß heißen Nordheim. Ferner ist zu ändern, daß von Lützenwalde 800 und von Zwöben 270 Mk. eingekandt wurden.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Weizern, Dreher, Drückern, Girklern und Metallformern nach Berlin;
- von Brennern und Aufrägern: c. nach M.-Gladbach (Stanz- und Girklerwerk Robert Janßen) M.;
- von Elektroarbeitern nach Lindau i. Bodensee M.

- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Chemnitz (Kranthelm) St.; nach Darmstadt (Röder, Herdfabrik) St.; nach Koblenz (Mettenicher Eisenwerk) St.; nach Sann-Koblenz (Kruppische Hütte) D.; nach Neustrelitz (J. Steffen); nach Morischach; nach Velbert N.; nach Wernigerode a. Harz (Vöbers) St.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Biegnitz (Firma Sandig, Silberwarenfabrik);
- von Klempnern und Installateuren nach Basel, Schweiz St.; nach Bonn a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Heidelberg, Kiel, Köln St.; nach München N.; nach Pforzheim L.; nach Remscheid St.;
- von Klempnern, Installateuren und Kupferschmieden nach Aachen St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel (Schweiz) St.; nach Brugg (Aarau, Schweiz) Maschinenfabrik Müller & Co., nach Bregenz-Nieder (Jenny & Schindler) M.; nach Darmstadt (Herdfabrik Röder) N.; nach Erfurt (Kosomotivfabrik Hagens) St.; nach Halle (Maschinenfabrik St. V. Thomann); nach Hamburg (Betriebswerkstätten der Straßenbahnen, Mühlenbauanstalt F. H. Schule, Katakafabrik Th. Richard, Mandtschke); nach Magdeburg (Werkzeugmaschinenfabrik Joh. Feher) D.; nach Mühlheim a. Rh., besonders Drahtziehern, Str.; nach Morischach (Miekeri Morischach) St.; nach Saalfeld (Maschinenfabrik Richard Knack) D.; nach Solingen; nach Velbert N.; nach Weimar (Aktiengesellschaft für Eisenbahn- und Maschinenbedarf) D.;
- von Metallschlößern nach Breslau D.;
- von Modellschreibern nach Morischach St.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
- von Schlossern nach Elfterwerda (Fahradwerke) M.; nach Stuttgart (Kunst- und Bauhölzerei von Stähler) D.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwyz, Schöpfer-Schweizer und Bunter & Cie., Oefenfabrik).
- von Schlossbauern nach Großsch. b. Leipzig St.;
- von Schmieden und Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.;
- von Werftarbeitern nach Jütlitzburg St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; N.: Ausverkung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formen.

Osnabrück. Auf Ersuchen der Formen der Firma Ortman, Inhaber Herr Hansen, wurde die Bezirksleitung des 7. Bezirkes (vertreten durch Kollegen Windhövel-Solingen) am 12. August mit dem Kollegen Fritzen bei der Firma vorstellig, um die Wünsche der Formen zu unterbreiten. Herr Hansen zeigte auch Entgegenkommen und so konnte den Formern nach anderthalbhündiger Verhandlung folgendes unterbreitet werden: 1. Der Minimallohn für ausgelehrte Formen bis zum 20. Lebensjahr beträgt 3 Mk., über 20 Jahre 3,50 Mk. 2. Eine allgemeine Lohnaufbesserung ist für das Frühjahr 1906 in Aussicht gestellt, jedoch sollen noch einzelne Löhne reguliert werden. 3. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von 6 bis 6 Uhr. 4. Überstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag vergütet. Sollten beim Gießen kleinere Verlängerungen der Arbeitszeit vorkommen, so werden diese als Überstunden nicht verrechnet, jedoch darf eine halbe Stunde nicht überschritten werden. 5. Der Akkord ist vor Beginn mit der Arbeit an der Maschine festzusetzen. 6. Die Löhnung erfolgt halbmönatlich, und zwar am 5. und 20. eines jeden Monats, fällt der 20. auf einen Sonntag, so findet die Löhnung am vorhergehenden Tage statt. 7. Kranken Arbeitern wird das Krankengeld wöchentlich, und zwar Sonnabends, ausbezahlt. 8. Zur besseren Transportierung der Kasten soll in der Formerei ein Schienenstrang gelegt werden. 9. Für Besserung der Aborte, Beschaffung eines Wasch-, Kleider- und eines Gbraumes wird Sorge getragen. 10. Schrot- und unanständige Behandlung seitens der Meister den Arbeitern gegenüber wird von der Firma nicht gebuldet. 11. Etwasige Wünsche und Beschwerden ist die Arbeiterschaft zu jeder Zeit durch eine von der Arbeiterschaft dazu bestimmte Kommission dem Chef zu unterbreiten berechtigt, um zwecks Regelung derselben mit der Firma zu verhandeln. — Wenn der Erfolg auch kein großartiger zu nennen ist, so muß er doch immerhin den übrigen Arbeitern beweisen, daß Einigkeit stark macht. Wenn die Lohnverhältnisse keine guten zu nennen sind, so liegt das nicht an den Kollegen des Betriebs von Ortman, sondern an den örtlichen Verhältnissen. Und daran tragen sämtliche übrigen Metallarbeiter von Osnabrück die Schuld mit. Aber nicht allein die Lohnverhältnisse, sondern auch die Ausfühnmethode bedarf einer Besserung. Beweisen uns doch die zahlreichen Vorschläge, die von den Fabrikanten geleistet werden, daß die gesamten Lohnverhältnisse einer Änderung zum Besseren bedürfen. Daran kann aber nicht die Arbeiterschaft eines einzelnen Betriebs, nicht allein die gegenwärtig organisierte Arbeiterschaft eine Abänderung schaffen, sondern eine große und kräftige Organisation, die fast sämtliche Metallarbeiter des Ortes in sich schließt. Wollen die noch fernstehenden Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich und ihre Nachkommen, dann ist nur ein Weg zu gehen, und das ist der Weg in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Says b. Koblenz. Wie bei der Firma Friedr. Krupp alte Arbeiter, die ihre Knochen ein halbes Menschenalter abgeradert haben, belohnt werden, zeigt sich jetzt. Drei Arbeiter der Sayarhütte, die 40 bis 50 Jahre bei der Firma arbeiten, haben es in den vielen Jahren auf den schönen Lohn von 2,80 Mk. und 2,90 Mk. gebracht. Anstatt daß ihnen diese paar Groschen in ihren alten Tagen weiterbezahlt werden, zieht man ihnen 80 und 90 Pf. den Tag ab. Uns scheint, die Direktion möchte sich ihrer alten Arbeiter auf diese Art entledigen, um sie die „Wohlthaten“ der Pensionskasse kosten zu lassen (bei 4-jähriger Mitgliedschaft pro Monat 11,25 Mk.). Man will das ausgediente „Material“ ablegen und neues, junges beziehen. Wir möchten aber jedem Kollegen raten, auf derartige Annoncen hin sich erst bei unserer Verwaltungsstelle in Remscheid zu erkundigen. Es werden 5 bis 6 Mk. Verdienst den Tag versprochen. Wie dieses Geld verdient werden kann, wird nicht gesagt. Es mangelt auf der Hütte an Hilfsarbeitern, jeder Former aus seinem Sand selber schmeißen, er muß den Kran ziehen und Gießpfannen selber schmiezen. Sind einige Hilfsarbeiter da, läßt man sie lieber wieder laufen, als ihnen einige Pfennige zuzufügen. Und deshalb herrscht eine Unordnung, wie auf einem Schlachtfeld, alles liegt drunter und drüber, man muß acht geben, daß man nicht Hals und Beine bricht. Letzte Woche äußerte sich der Viehermeister zu einem Former: „Das gemüthliche Arbeiten muß aufhören, jetzt muß gemurrt werden!“ Als wenn nicht schon lange draußes gemurrt worden wäre! Auf einige Wochen sind Akkordpreise gemacht worden; kaum waren einige Groschen daran verdient, war auch der Abzug von 50 Pf. bis 2 Mk. für das Stück da. Auf neue Modelle werden solche Preise gemacht, daß überhaupt nichts verdient werden kann, wenn man nicht daran hängt von morgens 6 Uhr bis abends 7 und 8 Uhr. Überstunden werden nicht bezahlt, trotzdem das Gießen jeden Tag bis 7, 8, 10 Uhr und manchmal noch länger dauert. Die Lohnzahlung erfolgt am 15. im Monat, am ersten gibt es Abschlag, der Verdienst für 14 Tage wird einbehalten. So kann ein Fremder unter Umständen sechs bis acht

Wochen arbeiten, bis er einmal einen vollen Tag hat. Die Lebensbedürfnisse sind hier so teuer wie in einer Großstadt. Wir möchten deshalb den Kollegen zurufen: Meidet diese Bude, bis hier andere Zustände geschaffen sind. Die Kollegen aber fordern wir zum Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf, um die Verhältnisse auch hier bald zu verbessern.

Wardoborf (Böhmen). In der Zimmerischen Eisengießerei sind 20 händigeren ausgebrochen. Der saubere Hausmeister Gser hat sich dahin ausgesprochen, er brauche nur nach Polen zu schreiben, dann bekomme er so viele Arbeiter als er nur wolle. Wir ersuchen um Fernhaltung von Zugug.

Klempner.

Barmen-Eberfeld. Seit längerer Zeit beabsichtigten die hiesigen Laternenklempner einen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen. Auf der Grundlage eines Teiltarifs, wonach jedes an der Laterne vorkommende Teilchen berechnet und zu dem Preis für den genau im Tarif bezeichneten Gebäudbau hinzugerechnet wird, ist nun ein Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen worden. Zuerst schien es, als wenn die Unternehmer es zum Kampf wollten kommen lassen, mit Ausnahme der Firma Alberts, die den Tarif sofort anerkannte. Nachher besann man sich eines Besseren, und es kam eine Einigung zustande, die für die Kollegen außer dem festen Tarif eine Lohnaufbesserung von 8 bis 10 Prozent brachte. Daß bei den Verhandlungen auch die auswärtige Konkurrenz eine Rolle spielte, ist ja natürlich, besonders sollen in Wenden, Rheim und in Sachsen die einfachen Laternen bedeutend billiger verkauft werden, wie von den Wuppertaler Unternehmern. Das soll an den schlechtesten Löhnen, die dort gezahlt werden, liegen. Unseren auswärtigen Berufskollegen stehen die Tarife zur Verfügung, sie können von uns Exemplare erhalten. Sache unserer Kollegen ist es nun, die Organisation noch mehr auszubauen, auch bei den übrigen in dieser Branche beschäftigten Arbeitern, damit wir nicht allein das Erreichte hochhalten, sondern auf dieser Grundlage weiterarbeiten können.

Köln. Zur Klempnerbewegung. Am Montag den 31. Juli legten 400 Klempner und Installateure die Arbeit nieder. Sofort gingen die Meister dazu über, alle Kollegen, die Kündigung hatten, auf Schadenersatz zu verklagen, und sie wurden auch zur Zahlung von je 18 Mk. verurteilt. Auch alle Gesellen, die keine Kündigung innezuhalten brauchten, sollten für einen Tagessarbeitsverdienst verklagt werden, was indes unterließ. Bereits am dritten Vorstandstag hatten 20 Firmen unseren Tarif anerkannt und heute sind es bereits 41, die zusammen 150 Gesellen beschäftigen. Mittlerweile sind eine ganze Anzahl Kollegen abgereist und noch 81 Kollegen haben sich dem Streik angeschlossen, so daß jetzt noch 291 Kollegen an Ausstand beteiligt sind. Als Kuriosum sei mitgeteilt, daß der Ingenieur Waddegge vom städtischen Gas- und Wasserwerk keinen Meister fand, der seine privaten Installationsarbeiten ausführen konnte (er war verzoogen) und so nahm er sich städtische Installateure. Unsere Forderungen sind: Unumstündige Arbeitszeit, Samstags eine Stunde früher Feierabend, an den Tagen vor Neujahr, Ostern, Pfingsten, Weihnachten Schluß der Arbeitszeit um 4 Uhr ohne Lohnabzug; 5 Mk. Mindestlohn und 3,80 Mk. für erst ausgelehrte Gesellen; für Gesellen, die den geforderten Lohn schon haben, zehn Prozent Aufschlag; für Überstunden bis 9 Uhr abends werden 80 Prozent, für Nacharbeit, Sonntage und gesetzliche Feiertage sowie von den einzelnen Geschäften bestimmten Feiertagen inklusive Pausen 75 Prozent bezahlt. Wird bis abends 8 Uhr gearbeitet, so tritt um 6 Uhr eine halbtündige Pause ein, ohne Lohnabzug. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Für Anschläge in Abortgruben wird eine Extravergütung von 1,50 Mk. für jeden angefangenen Tag bewilligt. Reingewinn von Koffetts, Pfeifens, Zentgen und Kanälen wird mit 75 Pf. vergütet. Bei Arbeiten außerhalb Köln, wo die Rückkehr des Abends nicht erfolgt, ist außer vollem Lohn Montageszulage nicht unter 3 Mk. pro Tag innerhalb Deutschlands zu zahlen, inklusive Sonn- und Feiertage, und Hin- und Rückfahrt dritter Wagenklasse; desgleichen ist auch bei den hohen Festen Hin- und Rückfahrt zu zahlen. Bei allen Arbeiten außerhalb der Umwallung, mit Einschluß von Deutz, wird eine Vergütung von 1 Mk. pro Tag bezahlt. Weg- und Fahrzeit von und nach der Arbeitsstelle werden als Arbeitszeit berechnet. Gesellen, die am Bau beschäftigt sind, müssen so früh von ihrer Arbeitsstelle fortgehen können, daß sie zur Lohnzahlung pünktlich zur Stelle sind. In den Werkstätten, auf Neu- oder Umbauarbeiten ist eine Vordrücke, zum Beispiel Wassereimer, Seife und Handtuch vorzulegen; ebenso ist für genügende Ventilation in den Werkstätten Sorge zu tragen. Anerkennung unseres Arbeitsnachweises, Akkordarbeit darf im Interesse des Gewerbes nicht gemacht werden. Sämtliche für den Beruf notwendigen Werkzeuge sind in gutem, brauchbarem Zustand zu liefern. Keinem Gehilfen darf Karrenziehen zugemutet werden. Ausschachtungssarbeiten dürfen nur von Helfern ausgeführt werden; wo dies aus triftigen Gründen nicht durchführbar ist, ist ein dementsprechender Lohnzuschlag von 1 Mk. für jeden angefangenen Tag zu zahlen, ebenso ist Material zum Bau zu schaffen. Turmarbeiter, die im Frühjahr oder fliegendem Gerüst ausgeführt werden, sind mit 50 Prozent Lohnzuschlag pro Tag zu vergüten. Teer-, Dachpapp- und Holzementarbeiten werden mit 1 Mk. pro Tag extra vergütet. Der Tarif ist bis zum 1. September 1906 gültig. Mit der Tarif bis zum 1. August 1906 von einer der Parteien nicht gekündigt, so gilt derselbe wiederum auf ein Jahr, mit der Maßgabe, daß die bis dato vertraglich festgelegten Löhne um 25 Pf. pro Tag erhöht werden. Alle aus dem Tarif entstehenden Streitigkeiten werden von einer Schlichtungskommission geregelt. Die Kommission besteht aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Gewerberichters oder dessen Stellvertreters. Die Schlichtungskommission hat so schnell wie möglich, spätestens aber innerhalb 24 Stunden, nachdem sie von einem Teile angeufen ist, zusammenzutreten und den Streitfall mit tüchtlicher Beschleunigung zu erledigen. Wegen die Entscheidung dieser Schlichtungskommission steht der unterliegenden Partei die Berufung an das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifs finden von keiner Seite statt. Der Vertrag ist in jeder Werkstatt sichtbar auszuhängen. — Am 3. August wurde vom Verein der Installateurmeister eine Verammlung abgehalten, in welcher 62 Meister anwesend waren, die eine Resolution faßten, den durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband eingefandten Tarif nicht anzuerkennen zu können, daß sie aber bereit seien, mit unserer Lohnkommission auf Grund ihres Meistertarifs in Verhandlungen einzutreten. Dieser Tarif, auch unterzeichnet von einem Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes, wurde bereits in der großen Versammlung der Dachbeder, Klempner und Installateure vom 30. Juli einstimmig abgelehnt. In dieser erwähnten Meisterversammlung wurde Klage geführt über das Verhalten unserer Kollegen gegenüber den Arbeitswilligen. Wir haben jedoch festgestellt, daß bis heute von unserer Seite keine Ausschreitungen vorgekommen sind, sondern nur von den Meistern, die unsere Posten auf jede Art und Weise provozieren und schikaniert haben. Auch die Polizei trat schon früh auf den Plan. Gleich am Anfang war sie hinter jedem Menschen her, der von unseren Posten in ruhiger Weise angerebet wurde, und erkundigte sich, ob er nicht belästigt worden sei. Auch bei den Meistern erkundigte sie sich, ob sie keine Arbeitswilligen zu beschützen hätten. Die Lehrlinge haben jetzt teilweise einen harten Stand; ist es doch wiederholt vorgekommen, daß Lehrlinge, die noch keine 16 Jahre alt sind, bis spät in die Nacht arbeiten mußten. Am 7. August fanden auf Wunsch der Meister Verhandlungen statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Die Post der Meister ist groß, so daß sie sogar Militär als Arbeitswillige requirieren, wie wir in drei Fällen festgestellt. Am 11. August fand eine geheime Sitzung der Meister statt, über deren Verlauf wir trotz verschlossener Türen unterrichtet worden sind. Der Meister Franken stellte den Antrag, daß die Meister, die bereits bewilligt haben, an der Sitzung nicht teilnehmen können. Hiergegen protestierte ein Meister und wies darauf hin, daß die großen Fabriken längst den geforderten Lohn zahlen, zudem möchten die Herren daran denken, daß sie als Gesellen doch selbst nicht genug verdienen konnten, 5,50 Mk. kämen einem tüchtigen Gehilfen zu. Dieser Meister mußte auf Beschluß der Versammlung des Votum verlassen. Kleefisch

rühmte das ruhige und sachliche Verhalten unserer Lohnkommission bei den Verhandlungen und führte unter anderem aus, daß Köln, Rheinlands Metropole, nur der Preisboden für die ganze Arbeiterbewegung sei und darnach müßten sich alle anderen Städte richten. Franken erwähnte seine Kollegen, noch etwas im Kampfe auszuhalten, der nicht in wenigen Tagen abgebrochen werden könne, er hofft auf baldige günstige Erledigung. Nun verlangte Herr Thomas unbedingt Hilfe, da er sonst bewilligen müsse. Einige Gemeindeführer wollen ihm aus der Tasche helfen. Herr Kleefisch gibt bekannt, daß Herr Schläfer vom Arbeitgeber-Verband in Düsseldorf ihm Arbeitswillige angeboten, daß er aber trotz wiederholten Schreibens weder Arbeitswillige noch Antwort erhalten habe. Die Meister, die bei Thomas zu einem Stundenlohn von 80 Pf. die Arbeit aufnahmen, waren Deuk, Baum und Fritz Müller. Wenn an Deuk sündlich 80 Pf. bezahlt werden, verdienen unsere Kollegen mindestens 20 Mk. täglich. Baum ist im gewöhnlichen Leben Gelegenheitsarbeiter auf dem Markt. Müller war früher eifriger Verbandskollege und Kartelldelegierter, huldigte den Grundfragen der Partei, war protestantisch, katholisch und ist heute glücklich bei der Heilsarmee gelandet, wo er es schon zum Gefreiten gebracht hat. Nebenbei lebt er seit Jahren in wilder Ehe und tituliert unsere Posten, trotzdem er Heilsjobat ist, mit Lump, Schuft und dergleichen. Am 15. August fanden wieder Verhandlungen statt, die wieder nicht zum Abschluß führten, jedoch in einigen Tagen fortgesetzt werden sollen. Am 16. August waren Verhandlungen am Gewerbeamt zwischen Dachdeckern und Bauleistern und deren Arbeitgebern, die nach etwa fünfständiger Beratung auf Samstag den 18. August vertagt wurden; aber auch hier befanden die Meister gleich am Anfang auf 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, weshalb die Verhandlungen abgebrochen wurden. Die Bewegung verläuft andauernd ruhig und die Situation ist für uns günstig.

Metallarbeiter.

Wormen-Elberfeld. Der von den „Christlichen“ entdeckte „Verrat“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegenüber den Lokalorganisten in Solingen sollte auch in Elberfeld und Barmen den Stoff zu einem Spektakelstück abgeben. In Elberfeld wurde eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der „Christlichen“ scharf verurteilt und unseren Kollegen volle Sympathie ausdrückt. Daß Winter eine Mehrheit für sich herausgeholt hat, ist bei dem gar nicht verwunderlich. In der Wormen Versammlung wurde uns das Bureau nicht zugestanden. Als wir es verlangten, ertönte Gerächel der Christlichen, anscheinend eingeleitet, und die Versammlung wurde geschlossen, ohne zum Anfang gekommen zu sein. Daß unsere Kollegen eher zur Stelle waren wie die Christlichen und den Helben dadurch die 10 Pf. Eintrittsgeld zur Deckung der Kosten ihrer heuchlerischen Agitation verloren gingen, hatte die Herren in nicht geringe Aufregung versetzt. Danach beriefen wir eine öffentliche Versammlung ein, die sehr gut besucht war, in welcher Kollege Windhövel das einleitende Referat hielt. Mit feinen vorfachtenen zeugenden Ausführungen wurden die Christlichen gründlich abgeföhrt. Herr Winter suchte mit allen Mitteln nach Verrat, ohne zu sagen, wie die Christlichen in dem Falle gehandelt hätten. Darauf unterzog Kollege Kohlen die jesuitische Kampfesweise der „Christlichen“ einer scharfen Kritik, die Herr Winter nicht ganz abwarten konnte, da er plötzlich nach Düsseldorf abreißen „mußte“. Auch hier wurde eine Resolution im Sinne der Elberfelder angenommen, mit dem Zusatz, daß das von Winter verantwortliche gezeichnete Flugblatt sowohl wie der im Wuppertaler Volksblatt (Zentrumsorgan) über die erste Wormen-„Christliche“ Versammlung erscheinende Artikel nach dem Grundjatz geschminkt ist: „Verleumdung nur läßt darauf los, es bleibt vielleicht doch etwas hängen.“ So endete die Aktion dieser Arbeiterzerfplitterer mit einer gründlichen Niederlage.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 10. August in den Germania-Sälen ihre ordentliche Generalversammlung für das zweite Quartal ab. Nachdem Kollege Cohen zunächst Kenntnis von dem Resultat der letzten Wahl gegeben, erläuterte Besold den Kassenbericht. Einnahme und Ausgabe balancieren bei der Hauptkasse mit 222 041,96 Mk. Darunter in Ausgaben für Streifenunterstützung 98 243,33 Mk., Drittmittelstützung 39 802,50 Mk., Maßregelnungen 11 649,15 Mk., Rechtschutz 21 206,92 Mk. Die Lokalkasse schließt ab mit 807 762,44 Mk. und weist am 30. Juni einen Kassenbestand von 148 525,08 Mk. auf. Kollege Schmidt beantragte namens der Revisoren Decharge für den Kassanten. Diefelbe wird einstimmig erteilt. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung, Ergänzungsmaßnahmen zur Ortsverwaltung, wird zum Kassanten Kollege Besold gegen eine Stimme wiedergewählt. Weiterhin sollte auf Vorschlag der Verwaltung als Ersatz für den Kollegen Blumenthal, der bisher als Revisor tätig gewesen, eine Ergänzungsmaßnahme stattfinden. Nachdem von verschiedenen Rednern bemängelt, daß weder Vorbesprechung noch eine Vertrauensmännerversammlung stattgefunden, die sich mit der Sache beschäftigt habe, wurde beschloffen, die Ersatzwahl in einer späteren Generalversammlung vorzunehmen. Bis dahin soll einer der Revisoren die Funktionen als Revisor mit übernehmen.

Dresden. Recht trostlose Zustände herrschen auf der Schiffsverft in Ubigau. Nicht nur, daß die Arbeiter dort bei der anstrengendsten Arbeit recht wenig verdienen, das in hygienischer und sonstiger Beziehung alles fehlt, müssen sie unter einer Bezahlung leiden, wie sie wohl in keinem zweiten Betrieb Dresdens geübt wird. Die Meisterchaft versteht sich auf das Aufschaukeln so, daß sie in dieser Beziehung das Prädikat 1a nicht mit Unrecht verdienen. Selbstverständlich fehlt da, wo die Unteroffiziere des Betriebs in solch menschenfeindlicher Weise verfahren, die oberste Leitung, insbesondere der Herr Oberingenieur Krich, nicht zurück. Dieser Herr denkt immer noch, er sei im Kaiserreich, wo die Leute vor ihm iramen stehen mußten, und er möchte nun deraufes auch in Ubigau Platz greifen lassen. Es wird auf der Verft mit großer Hast gearbeitet, so daß Unglücksfälle zur ständigen Einrichtung gehören. Erst vorige Woche wieder wurde einem Arbeiter ein Finger abgedrückt. Herr Ingenieur Gützig, der dabei stand, machte einen Arbeiter, den sogenannten Aufhänger, dafür verantwortlich, obwohl ihn in keiner Weise eine Schuld trifft. Diefem Arbeiter, der 29 Pf. die Stunde verdient, wurde für diese „Schuld“ 1 Mk. Strafe diktiert. Soch man darf sich über deraufes Aufstehen nicht wundern, es ist eine Folge der gesamten Verhältnisse auf der Verft. Der eine Ingenieur will den anderen überstehen, um sich nach oben hin Kind zu machen, um so feiter zu sitzen. Es ist nämlich ein Beamtenüberfluß auf Ubigau zu verzeichnen und aus diesem Grunde das schneidige Aufstehen. Nun wollen wir für heute noch bemerken, daß ungelernete Arbeiter in diesem Betrieb 22 bis 28 Pf. die Stunde, und gelernete Arbeiter 26 bis 40 Pf. verdienen. Den Stundenlohn von 40 Pf. haben nur wenige, wer ihn hat, ist mindestens acht bis zehn Jahre auf der Verft beschäftigt, und das sind nicht sehr viele. — Sphliche Verhältnisse existieren auf Schiffsverft, wo gegenwärtig die Dreher überlang, fast Tag und Nacht arbeiten müssen. Leider lassen die Dreher diese günstige Gelegenheit ungenutzt vorbeiziehen. Sind doch die Löhne wenig besser als in Ubigau, auch sind viele Mißstände vorhanden. In nächster Zeit findet die Verschmelzung dieser beiden Betriebe statt, was mit größeren Kosten verknüpft ist. Mögen die Arbeiter begeitete dafür sorgen, daß diese Kosten nicht aus ihrer Tasche gedeckt, daß ihnen von den jetzt bezahlten künftigen Löhnen nicht noch Abzüge gemacht werden. Mögen sie sich begeitete ihrer Organisation erinnern, damit wir nachher jagen können: Ein neuer Betrieb, ein neues Leben!

Frankenberg i. S. Am 5. August ersannete Kollege Graupner Bericht von der Generalversammlung zu Leipzig. Redner besprach zuerst die der Generalversammlung vorliegende Formationsrechnung. Die von der Generalversammlung beschlossene Gewerbeschleusenunterstützung werde für unsere Gegend sehr vorteilhaft zur Agitation sein. Bericht wurde von der Versammlung die Resolution in bezug auf den 1. Mai, da damit etwas bestimmtes geschaffen sei. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Delegierten aus. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. In seinem Schlußwort betonte Kollege Graupner, daß es Pflicht jedes organisierten Metallarbeiters sei, dahin zu wirken, daß wir bis Schluß des Jahres 300 000 Mitglieder erreichen.

Es war nur zu bedauern, daß diese Versammlung bei so wichtiger Tagesordnung so schwach besucht war. Denken die Kollegen etwa gar, sie hätten ihre Pflicht getan, wenn sie ihre Beiträge entrichten? Sie müßten sich auch regen an der Erledigung von Verbandsangelegenheiten in den Versammlungen beteiligen. Dann weisen wir darauf hin, daß es in den meisten hiesigen Betrieben noch genug Mißstände zu beseitigen gibt. Unsere nächste Aufgabe muß sein, die Löhne zu verbessern; mancher gelehrte Schloffer wird hier niedriger als ein Hilfsarbeiter entlohnt. Deshalb, Kollegen von Frankenberg und Umgegend, seid eures Zieles bewußt, legt mit Hand und Fuß. Wir müssen um so eifriger an die Arbeit gehen, da jetzt auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein hier Fuß zu fassen sucht. Der Zerfplitterung, die dadurch unter die hiesigen Metallarbeiter gebracht werden soll, muß damit begegnet werden, daß wir alle Kollegen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewinnen.

Milheim a. Rh. Am 15. August tagte im großen Saale des Schützenhauses eine öffentliche Versammlung des „Christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes“, in der Herr Döring über die Lohnbewegung bei Felten & Guilleaume redete. Erschienen waren ungefähr 130 Personen, denen Herr Döring ein Bild von den schlechten Lohnverhältnissen entrollte und die Firma gründlich herunterpökte. Dann aber kam das dicke Ende. Wir haben Geld, wir haben Mut! rief Herr Döring in die weiten Hallen des Schützenhauses hinein, aber wir halten den Zeitpunkt nicht für geeignet, gegen die Weltfirma vorzugehen. Herr Döring weiß, daß in der bekannten Vertrauensmännerversammlung sein Verbandsvorsitzender Wieber erklärte: Selbst wenn die freiorганиisierten Metallarbeiter die Genehmigung von ihrem Vorstand erhalten würden, so würde er (Wieber) dennoch nicht mitmachen. Dem fügt sich natürlich Döring. Der Herr behauptete mit freier Stirne, trotzdem er vom Gegenteil überzeugt sein muß, daß der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Arbeiter des Feinzugs zu der Kündigung bewogen habe. Herr Döring hat damit eine wissenschaftliche Behauptung aufgestellt, denn an der Kündigung des Feinzugs ist unser Geschäftsführer völlig unschuldig. Andererseits aber sind die christlichen Führer schuld daran, daß die Lohnbewegung keine besseren Fortschritte gemacht hat. Der Betriebsführer Braumann jagte vor kurzem zu den christlichen Arbeitern seines Betriebs: „Ihr seid gerade so gut Sozialdemokraten wie die anderen, nur daß ihr feiger seid als diese.“ Es wird vorausgesetzt, daß etwas dauern, bevor die christlichen Arbeiter genügend über die Taktik ihrer Gewerkschaftsführer aufgeklärt sind und diesen den Rücken kehren werden. In der Diskussion, die der Döringschen Rede folgte, erbat sich dann ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Wort, jedoch bezeichnete es Herr Döring als eine Frechheit, daß ein freigewerkschaftlich organisiert in einer Versammlung von „christlich-sozialen Arbeitern“ das Wort verlange! Der Herr glaubte, er habe wirklich 130 christliche Arbeiter hinter sich. Wie sehr er sich aber getäuscht, bewiesen die Zurufe und das Verlassen des Saals; es blieben dann nur ungefähr 40 Mann für ihn.

Offenbach a. M. Die hiesigen Schrauben- und Fasson-dreher hielten am 7. August eine Versammlung im Storch ab. Kollege Marterkeig referierte über: „Die wirtschaftliche Lage im Beruf“. Redner sprach von der schlechten Lage der Arbeiterschaft und geißelte ganz besonders das Affordverhältnis, das in allen Schraubenfabriken herrscht. Die Preise sind derauf, daß selbst ein geschulter Arbeiter nur 30 bis 35 Pf. die Stunde verdient und ein äußerster Arbeiter höchstens auf 35 bis 40 Pf. zu stehen kommt. Bei der Einstellung werden Stundenlöhne von 25 bis 40 Pf. versprochen mit dem Hinweis, daß in Afford mehr verdient werden könnte. Das ist aber nur selten der Fall, häufig kommen die Arbeiter nicht auf ihren Lohn, nur selten wird der vereinbarte Lohn dann ausgezahlt, viel häufiger geschieht es, daß durch die langen Fristen der Abrechnung ein magerer Ausgleich geschaffen wird. Die Schädigungen werden durch die kleinen Aufträge, für die es Aufschläge geben müßte, hervorgerufen. Auf Klagen der Arbeiter wird dann immer erwidert: „Wir bezahlen ja schon die höchsten Löhne.“ Die Berliner Automatenreher wollten ihre Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden herabsetzen; sofort wurde ihnen von ihrem Unternehmer die Firma Gebroder Heyne in Offenbach, entgegeng gehalten, daß in der Offenbacher Fabrik 11 stündige Arbeitszeit herrsche, während der größeren Hälfte des Jahres sogar 13 Stunden gearbeitet werde. Sind denn das menschenwürdige Zustände? Nein! und abermals nein! Hier ist es nötig, Wandel zu schaffen. Alle Kollegen müßten in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintreten. Wohl wären in einigen Fabriken die Arbeiter in der Lage, es auf eine Nachfrage antworten zu lassen, aber das hätte keinen dauernden Erfolg, wenn die übrigen Arbeiter sich nicht rühren, sich nicht ebenfalls zu organisieren. Die noch fernstehenden Kollegen haben die Pflicht, sich zu organisieren, ehe es zu spät sei, denn sehr leicht kann es zu einer allgemeinen Ausfperung kommen, dann bleiben die Arbeiter der Firma Heyne ebenfalls nicht verschont. Nachdem Redner den Zweck und Nutzen der Organisation näher erläutert hatte, schloß er seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion betonte Kollege Wagner, daß es nötig sei, endlich auch hier in Offenbach an eine Verkürzung der Arbeitszeit zu denken, damit den Berliner Kollegen Rechnung getragen wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die versammelten Arbeiter der Schrauben- und Fassondreherei erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und sind bestrebt, ihre Lage so viel wie möglich zu einer menschenwürdigen zu gestalten, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter der Metallindustrie beizutragen und der Organisation beizutreten.“ Eine Anzahl Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband. Mit einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiterbewegung wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Erfahrung. Bei Bartels & Söhne, Raschmenschfabrik und Eisengießerei haben die Arbeiter wegen Maßregelung eines Kollegen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Solingen. Die Differenzen, die anlässlich der Bewegung bei der Firma S. Hannesfahr zwischen lokal- und zentralorganisierten Arbeitern des hiesigen Kreises zum Austrag kamen, wollten die „Christlichen“ dazu benutzen, im Trüben zu fischen. Die bürgerliche Presse jetanderte den christlichen Quertreibern. Das genügt indes nicht. In Flugblättern, die hausweise verbreitet wurden, bewar man den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit Schmutz. Bezeichnend ist, daß die Brüder in Christo die sozialdemokratische Bergische Arbeiterstimme als die Quelle nennen, von der ihre Mitteilungen stammen, bezeichnend aber ist ebenfalls, daß die Bergische Arbeiterstimme dazu schweigt. Immerhin hat sich aber das Blatt jetzt schon so weit gewandt, daß — man den „Christlichen“ den richtigen Weg zeigt, das was das eigene Haus reinzuhalten vermag. Wenn die christlichen Brüder also irgendwo wieder flunkern mit der Bergischen Arbeiterstimme, so halte man ihnen folgenden Artikel der Nr. 185 von Donnerstag den 10. August aus demselben Blatte entgegen. Das Blatt schreibt: „Ein glänzendes Fiasko haben die christlichen Gewerkschaftsapostel vorgeführt am Abend erlitten. Die Herrschaften wollten bekanntlich aus Anlaß der Differenzen zwischen den hiesigen Sozialorganisationen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband um Trüben zu fischen. In allen hiesigen bürgerlichen Blättern wurden große Angriffe erlassen und zur Verleumdung eingeladen, in der der große und billige Jakob aus Düsseldorf als Homophonger auftreten sollte. Ganze fünfzig Mannlein waren erschienen, um sich die Kruden des christlichen Schwadlbrüders anzuhören. Überall sah man verdächtige Gesichter, denn man hatte auf einen großen Zutritt gerechnet. Nun wird die Schuld an dem schledhten Besuch der Versammlung dem Umstand zugeschrieben, daß man zu wenig inseriert habe. Dabei ist in allen hier in Frage kommenden bürgerlichen Blättern inseriert worden. Wenn also die Schuld am Inserieren liegt, dann haben wahrscheinlich die bürgerlichen Blätter seine Abmancster mehr. Die Herrschaften aus dem christlichen Lager werden ja nun wohl gemerkt haben, daß hier nichts zu machen ist. Die hiesigen Gewerkschaftler werden — trotz allem, was vorgefallen ist — das bleiben, was sie bisher waren — Sozialdemokraten. Die Eisenengießerei und sonstigen Mandover unterer Christenmenschen sind zu durchsichtig, als daß auch nur ein einziger Solinger Arbeiter

darauf hereinsfallen würde. Übrigens war das Mandover schau angelegt, was bei den Christlichen nicht alle Tage vorkommt. Erst wollte man den Deutschen Metallarbeiter-Verband abmurksen und dann sollte geredet werden über: „Weshalb müssen sich die Lokalorganisierten den Zentralorganisationen anschließen?“ Die Christlichen haben folgendermaßen kalkuliert: Wird die Versammlung gut besucht, dann wird, wenn wir feste auf den Metallarbeiter-Verband schimpfen, auch etwas für uns abfallen, wenn wir für den christlichen Verband Propaganda machen. Nun wurde die Versammlung aber ganz miserabel besucht, und Herr Winter sagte resigniert, daß er keine Hoffnung hätte, daß sich die Lokalorganisationen — das glauben wir auch! — dem christlichen Verband anschließen würden. So endete die mit so viel Hoffnung von christlicher Seite aus veranstaltete Versammlung. Nicht einmal auf die Unkosten des Herrschaften bei ihrem beabsichtigten, aber mißglückten „Fischfang“ gekommen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch noch des Flugblattes gedenken, das die christlichen Wahrheitsapostel in der Versammlung verbreiteten, das von Anfang bis zu Ende von falschen Voraussetzungen ausgeht und so infolge abgefaßt ist, daß man darüber staunen muß. Der „Erfolg“ dieser Versammlung für die Christlichen war gleich Null!

Wegesack. Der Vorstand des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes hat in Nr. 29 dieser Zeitung etwas veröffentlicht, was er als eine tatsächliche Nichtigkeitung des in Nr. 27 erschienenen Berichtes über den Verlauf der Lohnbewegung bei der Abbruchverft von Neugebauer & Co. in Lemwerder bezeichnet. Der Weijer des in Nr. 27 erschienenen Berichtes ersuchte daraufhin die Ortsverwaltung von Wegesack, daß sie, eventuell durch Zeugenvernehmung, feststellen sollte, ob der Bericht richtig, das heißt in allen Einzelheiten der Wahrheit entsprechend sei, oder ob er falsch und die Ollerrichsche Nichtigkeitung zutreffend sei. Diefem Ersuchen ist man inzwischen nachgekommen, es ist nunmehr festgestellt, daß der in Nr. 27 gegebene Bericht in allen Einzelheiten den Tatsachen entspricht. Auf Grund dieser Konstatierung könnte es überflüssig sein, auf die Ollerrichsche Nichtigkeitung noch näher einzugehen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß Ollerrich in seiner Nichtigkeitung verschiedene Behauptungen aufstellte, die an dieser Stelle noch besonders widerlegt werden müssen. Er schreibt zunächst in bezug auf die Arbeiter der Abbruchverft in Lemwerder, es herrsche unter ihnen ein bedenklicher Hang, wilde Streiks anzuzetteln. Er will dieses beweisen durch den Hinweis auf die im vorigen Jahre geplante Lohnbewegung. Die Worte: „Wir erhielten von diesem Beginn jedoch rechtzeitig Kenntnis“ sollen wohl dem Leser zeigen, was für verstockte Sünder diese Abbruchverft sind. Tatsache ist jedoch: Bereits im April vorigen Jahres haben Besprechungen zwischen den Ortsverwaltungen des Werftarbeiter- und des Metallarbeiter-Verbandes stattgefunden, auch sind Schriftstücke gewechselt worden, aus denen ganz unzweifelhaft hervorgeht, daß die Arbeiter der Abbruchverft bei der Vorbereitung der Lohnbewegung vollständig zu Werke gingen. Auch haben genügend Versammlungen stattgefunden, im Mai, Juni und Juli, bei welchen der Vorstand des Werftarbeiter-Verbandes entweder selbst anwesend war oder einen Vertreter gesandt hatte. Auch an unsere Organisation sind dazu Einladungen ergangen, denen, zum Beispiel von unserem Bezirksleiter, auch nachgekommen wurde. Solches Vorgehen glaubt Ollerrich als „bedenklichen Hang zu wilden Streiks“ bezeichnen zu können! Diesen Arbeitern, die sich seit einem Jahre in so eingehender Weise bemüht haben, eine Lohnbewegung vorzubereiten, die auch in diesem Frühjahr nicht untätig gewesen waren, soll nun der Geschäftsführer der Mitgliederschaft Wegesack des Metallarbeiter-Verbandes im Mai 1906 die Notwendigkeit einer Lohnverhöhung begreiflich gemacht haben! Daß den streifenden Mitgliedern des Werftarbeiter-Verbandes nur insgesamt 600 Mk. zugelandt worden sind, wird dann stillschweigend zugegeben, daß weitere Summen nicht gelandt worden sind, soll lediglich daran gelegen haben, weil die Mitgliederschaft allen Streifenden Unterstützung gab. Demgegenüber muß als festgestellt folgendes hier wieder gegeben werden: Ollerrich hat den Mitgliedern der Ortsverwaltung seines Verbandes in Lemwerder gesagt: „Den Nichtbezugsberechtigten und Nichtorganisierten müßt ihr auf alle Fälle etwas geben, damit sie euch nicht in den Rücken fallen.“ Diese Anordnung ist befolgt worden; aber das überhandte Geld kam an, als statt für sechs bereits für acht Tage Unterstützung bezahlt werden mußte. Dazu reichten die 600 Mk. mit dem Kassenbestand nicht aus. Wenn den Nichtbezugsberechtigten dennoch Unterstützung gezahlt worden ist, so geschah das unter Zustimmung des Fahnenposten (also solchen Geldes, das wohl als Lokalkassengeld bezeichnet werden muß), außerdem sind dazu noch circa 100 Mk. verwendet worden, die den Streifenden von anderer Seite zugewendet waren. All das ist Ollerrich mitgeteilt worden, als er am Freitag vor Pfingsten in Lemwerder anwesend war. Aber Ollerrich hat an diesem Tage, weder vor der Abstimmung über die Fortführung des Kampfes noch nachdem diese erfolgt war, seinen Mitgliedern erklärt: „Geld gibt's nicht mehr.“ Nachher hat er mit den Mitgliedern der örtlichen Verwaltung ganz eingehend darüber gesprochen, ob eine telegraphische Anweisung des Geldes nach dem kleinen Orte Lemwerder möglich sei. Diefes ist ihm von mehreren Personen bejaht worden. Und als er dann fortging, hat er draußen auf dem Reich einem Manne, der sieben Jahre Mitglied des Werftarbeiter-Verbandes war, auf seine besorgte Frage hin durch Handschlag bekräftigt, daß am nächsten Tage das Geld, dessen Fehlen sich wegen des Fingerringes doppelt bemerkbar machte, telegraphisch zugelandt werden sollte. Es muß aber noch besonders darauf hingewiesen werden, daß den „Freitenden nicht nur kein Geld gelandt worden ist, sondern daß ihnen auch keinerlei Benachrichtigung gung darüber, daß der Vorstand die Fortführung des Kampfes als ausichtslos betrachtete, die ihnen überhaupt sagte, warum das Geld ausblieb. Erst am 16. Juni, also eine ganze Woche später, kam das in Nr. 27 wörtlich wiedergegebene Telegramm. Da müßten die Mitglieder des Werftarbeiter-Verbandes dann auf einmal ganz genau, was das Wort und der Handschlag Ollerrichs wert sei. Die Mitglieder unseres Verbandes werden nunmehr auch wissen, wie sie die Nichtigkeitung in Nr. 29 zu bewerten haben, ohne daß es notwendig sein wird, durch Eingehen auf die vielen sonstigen Unrichtigkeiten, die in Ollerrichs Erwiderung enthalten sind, den Raum unseres Organs noch mehr in Anspruch zu nehmen, als das leider hiermit schon der Fall sein mußte.

Waldshut. Am 12. August hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine öffentliche Versammlung ab, die gut besucht war. Kollege Warth eröffnete sie mit einer Ansprache, worin er die Kollegen von Waldshut an die Antwort erinnerte, die die hiesigen Gewerbetreibenden auf das Ersuchen um Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden gegeben haben. Redner sprach den Wunsch aus, daß sich die Metallarbeiter von Waldshut besser organisieren möchten, damit man das nächstmal die Forderung, wenn sie wieder abgelehnt wird, energig durchzusetzen vermag. Kollege Lauterbach aus Stuttgart referierte darauf in leicht verständlicher Weise über den Zweck und Nutzen einer Organisation. Von den in Deutschland existierenden Organisationen sei für Metallarbeiter die allein richtige der Deutsche Metallarbeiter-Verband, dem beizutreten Pflicht jedes Kollegen sei. Der Aufforderung folgten fünf Kollegen.

Wetzlar. Die Glodergießerei des Herrn Rinker scheint dem Herrn Inspektionen von der Unfallversicherung wenig oder gar nicht bekannt zu sein, denn sonst könnten dort solche Unfälle nicht befehen, wie sie tatsächlich vorkommen. Zum Beispiel nur eins: Der Haupttreibriemen geht durch ein Loch in der Decke von 1,00 x 0,50 Meter anzuwehen, daß da noch etwas passiert ist. Auch in hygienischer Hinsicht ist Herr Rinker sehr itupellos zu sein. Er hat zum Beispiel für 60 Leute jage und schreibe ganze zwei Klosets. Die Reinigung bewacht nicht sogar zweimal im Jahre, das heißt wenn die Gruben ausgepumpt werden. Nicht wahr, Kollegen, ein netter Zustand? Man mag gar nicht daran denken bei der tropischen Hitze. Desgleichen ist es aber auch in sanitärer Hinsicht; man frage nur einmal die Leute nach einem Sanitätskaftein, so wird man die Antwort bekommen: Der erspart bei uns nicht! Und tatsächlich hat es Herr Rinker auch noch nicht überwinden können, einen solchen anzuschaffen, trotzdem er in der Gießerei sowohl als auch in der Schleiferei jede Stunde etwas passieren kann. Und diesen Zuständen stehen die Arbeiter

gleichgültig gegenüber! Aber es kann anders werden, wenn die dortigen Arbeiter alle Mann für Mann sich organisieren, indem sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. So viel für heute. — Sollte nun trotzdem ein Kollege doch noch Lust verspüren, in dieses Paradies einzugehen, so sehe er sich wenigstens erst vorher mit uns in Verbindung, dann werden wir ihm noch weitere Auskunft erteilen. — Am 8. August d. J. haben wir hier eine selbständige Verwaltung bekommen. Wir eruchen die Kollegen, die gesonnen sind, hier in irgend einem Wert Arbeit zu nehmen sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen. Zu gleicher Zeit bitten wir die Ortsverwaltungen, falls Kollegen von ihnen hierher gehen, gleichviel welcher Branche, und dieselben zu assistieren. Auf diese Weise glauben wir verhüten zu können, daß dieselben hier abfallen, was namentlich bei den Kollegen der Mechanik und Optik leider häufig der Fall ist.

Schlösser.

Freiburg i. B. Das Verhalten der „Christlichen“ Führer ist gewöhnlich derart, daß man es sich zehnmal überlegen muß, ob ein gemeinschaftliches Handeln mit ihnen für die Arbeiterschaft nicht eher Nachteil als Nutzen bringen kann. Die hiesigen organisierten Schlösser beabsichtigten in eine Bewegung einzutreten, dafür wurde selbstverständlich auch von unserem Verband eine Agitation entfaltet, um die der Organisation fernstehenden zum Beitritt zu veranlassen. Als die Entscheidung getroffen werden sollte, ob man Forderungen einreichen solle, wurden auch die Voraussetzungen für ein Gelingen der Sache insofern geprüft, wieviel Kollegen organisiert sind. Da stellte es sich leider heraus, daß nur 50 Prozent der Organisation angehören. Unter diesen Umständen gelangte man zu dem Entschluß, vorläufig von der Einreichung von Forderungen abzusehen. Darob nun großes Geschrei im „Christlichen“ Metallarbeiter, der sich sonst nicht genug tun kann im Schimpfen auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband, wenn dieser in anderen Fällen nach Meinung der „Christen“ nicht die nötige „Schneid“ entwickelt. Den „Christen“ recht zu tun, ist also eine Kunst, denn vermöge ihrer verschiedenen „Inspirationen“, deren sich gewöhnliche Sterbliche nicht zu erfreuen haben, treffen sie unfehlbar das „Wichtige“, haben also immer „Recht“. Nun, wenn wir auch nicht wie die „Christlichen“ das Gras wachsen hören, so viel wissen wir doch, daß das Gelingen eines Streiks, wenn nur 50 Prozent der in Betracht kommenden Arbeiter organisiert sind, in den wenigsten Fällen Aussicht auf Erfolg hat. Dieser Fall liegt eben nach unserer Kenntnis von Dingen und Menschen hier vor. Zudem haben wir Beweise, daß Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes Streikbrecher gespielt haben würden. Das Nachplappern von Lügen, wie: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe aus finanziellen Gründen von einem Vorgehen abgesehen, ist nur ein Beweis von der mangelnden Wahrheitsliebe der Kämpfer für „Wahrheit, Freiheit und Recht“. Wir raten den hiesigen „Christlichen“, sich erst um ihre innere Verwaltung zu kümmern, ehe sie uns in ihrer dummdreisten Weise anrempeln.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Gemeindearbeiter hat eine Bewegung eingeleitet, um in allen Orten für die Gasarbeiter den Achtstundentag zu erringen. Die Berliner und Hamburger Gasarbeiter haben bereits Stellung genommen und beschlossen, wenn nicht anders, dann durch Streik den Achtstundentag zur Anerkennung zu bringen.

Der Vorstand des Schneiderverbandes hat für die männlichen Mitglieder eine Strafsteuer ausgeschrieben. In den Monaten September bis Dezember 1905 und März bis Juni 1906 ist eine monatliche Strafsteuer von 50 Pf. zu leisten.

Der Verband der Gutmacher nimmt am 17. September eine Urabstimmung vor über den Ankauf eines Hauses zur Unterbringung des Verbandsbüros und über die Höhe der Beiträge für die Invalidenunterstützung.

Die Zentralkommission für Beseitigung des Koff- und Logiszwanges wird in den nächsten Wochen Erhebungen über das Koff- und Logiswesen bei den Unternehmern über das ganze Reich veranstalten.

500 Handschuhmacher sind in Falberstadt am 4. August in den Streit getreten, da sich die Fabrikanten weigerten, den Schmittpreis nach Handschuhlängen zu bemessen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung hat dem Bundesrat eine Petition unterbreitet. Die Petition fordert eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterbeschäftigung und begründet die Forderung durch eine Reihe der Petition beigefügten Anlagen in umfangreicher und äußerst sachkundiger Weise.

Die Bauarbeiterausperrung in München ist beendet. Als Lösungsjahre wurden vereinbart mit Beginn der Arbeitsaufnahme: für Maurer 52 Pf. Durchschnittslohn, 50 Pf. Mindestlohn; für Zimmerer 49 Pf. Durchschnittslohn, 47 Pf. Mindestlohn; für Bauhilfsarbeiter über 18 Jahre 38 Pf. Durchschnittslohn und 36 Pf. Mindestlohn. Am 1. April 1906 soll der Stundenlohn der Maurer und Bauarbeiter um 1 Pf., ab 1. April 1907 um 2 Pf. erhöht werden. Für die Zimmerer tritt an diesen Terminen eine Erhöhung des Stundenlohnes von je 2 Pf. in Kraft.

40 Arbeiter der Zigarrenfabrik von Philipp Schmidt in Sandhausen wurden aus dem Betrieb entlassen, da sie einer Organisation beigetreten waren und dem Wunsch des Unternehmers, aus dieser wieder auszutreten, keine Folge geleistet haben. Der Geist des seligen König Stumm lebt also noch immer.

Die Augsburger Textilindustriellen haben beschlossen, am 1. Januar 1906 in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnregulierung einzuführen. Die Generalversammlung des Vereins Süddeutscher Baumwollindustrieller, die dieser Tage in Stuttgart stattfand, beauftragte den Vorstand, sich mit den übrigen Spinnerverbänden und mit dem Arbeitgeberverband des Einvernehmens zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen der ganzen Deutschen Textilindustrie in der Frage der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu erreichen.

Die vierte Konferenz der elsä-Lothringischen Gewerkschaften fand am 13. und 14. August in Mühlhausen statt. Besuchte war dieselbe von 25 Delegierten; als Vertreter der Generalkommission war Genosse Kube-Berlin anwesend. Die erstatteten Berichte konnten in allen Teilen des Landes, mit ganz geringen Ausnahmen, ein andauerndes Wachstum der Gewerkschaften feststellen. Zu tun gibt es noch recht viel. Es fehlt besonders allenthalben an agitatorischen und organisatorischen Kräften. Speziell im lothringischen Industrieviertel hatten eine Unmenge von Aufgaben ihrer Erfüllung, was die dortigen Genossen auch alljährlich veranlaßt, den Antrag auf Errichtung eines Arbeitersekretariats zu stellen. Dem ist bis jetzt von der Generalversammlung nicht entsprochen worden. Auch die Konferenz lehnte diesmal, im Gegensatz zu früher, den Antrag ab, und verwies die Lothringer Genossen an das Sekretariat in Saarbrücken. Jüngeren wurde die Errichtung eines Sekretariats in Mühlhausen allseitig als notwendig anerkannt. Darauf ward ein Referat über das neue Vereinsgesetz erstattet. Dieses Gesetz verbietet den Minderjährigen den Eintritt in sozialpolitische Vereine, womit selbstverständlich die Gewerkschaften getroffen werden sollen. Nun wurde in der Diskussion der Standpunkt vertreten, daß Zahlstellen der Zentralverbände keine selbständigen Vereine seien und folglich auch dem neuen Gesetz nicht unterliegen. Andererseits wurde unter Berufung auf Mandat Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch hervorgehoben, daß Gewerkschaften überhaupt keine sozialpolitischen Vereine sind. Einig war die Konferenz in dem Gedanken, daß Minderjährige nach wie vor in den Gewerkschaften aufzunehmen sind, daß alle Mittel, das Gesetz zu überwinden, angewendet werden müssen und daß eventuell vor Gericht die Unvereinbarkeit und damit die Ungültigkeit des neuen Gesetzes mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der Gewerbeordnung nachgewiesen werden soll. Schließlich wurde noch ein Referat über die kommunalen Arbeitsnachweise entgegengenommen. Die angenommene Resolution verpflichtet die Gewerkschaften, zu verbuchen, Einfluß auf die bestehenden kommunalen Arbeitsnachweise zu

erringen und vor allem dahin zu wirken, daß bei vorerwähnten Streiks jedwede Vermittlung von Arbeitskräften zu unterbleiben hat. Auf dem internationalen Textilarbeiterkongress, der im vorigen Monat in Mailand tagte, waren aus acht Ländern 360 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen durch 88 Delegierte vertreten. Auf die einzelnen Länder verteilten sich die Organisierten wie folgt: England 225 000, Deutschland 60 000, Frankreich 24 000, Schweiz 6000, Holland 1500, Belgien 7000, Italien 22 000 und Österreich 16 000. Kürzlich tagte in Vättich auch ein internationaler Kongress der christlichen Textilarbeiter. Anwesend waren 7 deutsche, 1 österreichische, 18 belgische und 18 holländische Delegierte, die zusammen 8841 Mitglieder vertraten. Befragt wurden die geringen Fortschritte der christlichen Textilarbeiterorganisation, ganz besonders in Italien, Frankreich und der Schweiz. Mit den freien Gewerkschaften können sich allerdings die „Christlichen“ nicht messen.

Hirsch-Dundersche Agitationsmethoden.

Seit einiger Zeit suchen sich die Hirsch-Dundersche Führer bei den evangelischen Arbeitervereinen einzuschmeicheln, um dort Propaganda für die Gewerkschaften zu werben. Zu diesem Zwecke scheuen sie sogar den Beitritt zu den von protestantischen Pastoren beherrschten Arbeitervereinen nicht. In welcher Weise sie bei dieser ihrer Tätigkeit zu Werke gehen, das schildert recht anschaulich die Mannheimer Volksstimme in folgender Notiz: Seitdem die Hirsch-Dundersche hier einen Lokalbeamten in der Person des bekannten Herrn Walzer bestellten, ist ihre Beschäftigkeit bedenklich geschwunden; die Herren fühlen sich jetzt als angehende „Großmächte“, nehmen ihr Tätigkeitsfeld immer mehr aus und suchen Bundesgenossen, die selbstverständlich auch danach sind. Da man als Anhänger der freisinnigen Partei natürlich nicht in der Lage ist, eine wirkliche Arbeiterbewegung zu inauguriere, sucht man Fühlung bei den „Patrioten“ einerseits (liberaler Arbeiterverein), und auf der anderen Seite ist man gar „fromm“ geworden. Freilich schämt man sich dieser neuesten Wandlung anscheinend noch etwas, und so kam es wohl, daß im Neckarauer Lokalblättchen zu lesen war:

Evangelischer Bund Neckarau.

Sonntag, 6. August, nachmittags 4 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus „zum Lamm“. Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur Gewerbegerichtsreform“. Referent: Ein Herr aus Mannheim.

Da dieses Thema für die evangelischen Bundesmitglieder ein äußerst wichtiges ist, so ist es nicht allein Pflicht, sondern auch Ehrensache eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen, denn die Zeit des Schweigens ist vergangen und die Zeit zu reden ist gekommen. Der Vorstand.

Im Versammlungsbericht wurde dann der Schleier über den mysteriösen „Herrn aus Mannheim“ gelüftet. Da heißt es:

Der zweite Vorsitzende, Herr Friedr. Waldecker (Waldecker ist bisheriger Agitationsleiter der Hirsche), eröffnete die „den Verhältnissen entsprechend gut besuchte Versammlung“, begrüßte die Erschienenen, erklärte den Zweck der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung und erteilte dem Mitglied des evangelischen Arbeitervereins, Herrn Jos. Walzer aus Mannheim, zu seinem Vortrag das Wort.

Es ist wirklich schade, daß Herr Walzer am 1. September nach Kaiserlautern übersiedelt; man hätte sonst vielleicht noch das Vergnügen, den berühmten Arbeiterführer als Mitglied und Referent in irgend einem Knabenverein austauschen zu sehen, um auch dort Hilfe zu ersehen gegen die immer stärker werdende Macht der freien Gewerkschaften.

„Christliches“.

Vor ungefähr zwei Jahren benützten unsere Wiesbadener Kollegen zur Einberufung von Werkstättenversammlungen folgendes Formular:

Achtung. Weitergeben! Achtung.
An die Arbeiter der Firma
Die Agitationskommission des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ ladet Sie auf
den abends . . . Uhr zu einer
Werkstätten-Versammlung
im Lokal höflichst ein.
Der Einberufer.

Auf der Rückseite stand:

Kollegen! Bedenkt die Lage, in welcher ihr euch befindet! Seht euch um in den Werkstätten und überlegt, um wieviel besser alles sein könnte, wenn mehr Einigkeit, weniger Zwietracht, weniger Meid und Mißgunst in euren Reihen wäre. Glaubt es, daß der Arbeiter selbst des Arbeiters größter Feind ist, wenn er es nicht lernt, seine persönlichen Interessen den Interessen aller Kollegen unterzuordnen.

Darum kommt einmal zusammen, um euch auszusprechen über diesen Punkt! Legt Hand ans Werk, daß ihr einig werdet am Platz!
Überall schließen sich die Arbeiter zusammen, überall und in allen Branchen verbessern sie ihre Lebenslage. Auch die Metallindustrie und ihre Arbeiter bei uns dürfen nicht zurückbleiben!

Dieses Formular nebst Aufruf ließen nun die Wiesbadener „Christlichen“ bis auf das Wort „Deutschen“ vor „Metallarbeiter-Verbandes“ nachdrucken und benützten es zur Einberufung einer Werkstättenversammlung der Arbeiter der Firma Koffel & Schwarz am 5. Juli 1905 in die Friedrichshalle. Man sieht also, daß die „Christlichen“ es nicht wagen zu dürfen glauben, in Wiesbaden unter „christlicher“ Firma zu segeln. Da die Arbeiter der betreffenden Firma fast alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind, wollte man sie unter der Firma „Metallarbeiter-Verband“ über den Zweck der Versammlung täuschen, indem man den Anschein erweckte, die Versammlung sei vom Deutschen Metallarbeiter-Verband veranstaltet. Aber es blieb bei dem plumpen Täuschungsversuch, denn die „Versammlung“ bestand aus den drei herbeigeeilten „christlichen“ Referenten und zwei Wiesbadener Metallarbeitern!

Christliche Streikbruchgeschichten.

K. In der in München erscheinenden Allgemeinen Rundschau, einer beachtenswerten ultramontanen Wochenchrift, erzählt Dr. C. Sonnenschein in Elberfeld mit schmerzlicher Bewegung, welche traurigen Erfahrungen er mit der preussischen Polizei machte, als er in Hemscheid mit italienischen Streikbrechern in Unterhandlung trat. Dr. Sonnenschein ist katholischer Geistlicher; er nimmt sich besonders der im Wuppertaler Gebiet beschäftigten italienischen Arbeiter an und soll, wenn wir nicht irren, die Leitung des von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften demnachst zu eröffnenden italienischen Arbeitersekretariats in Deutschland übernehmen. Lassen wir ihn nun zunächst selbst seine Erlebnisse in Hemscheid erzählen: Ich höre von der Ausperrung und den armen italienischen Arbeitern, die man als Streikbrecher verwendet. Mein Gott, dieser Streikbruch! Die Leute werden von gewissenlosen Agenten zusammengeholt, man verspricht ihnen gute Löhne und verschweigt den Streik oder die Sperrung. Hat man sie an Ort und Stelle, dann rebet man ihnen zu, die deutschen Arbeiter wollten ihnen was antun, sie dürften sich bei Gefahr, der Lynchjustiz zu verfallen, nicht herauswagen, umstellt sie sorgfältig mit Polizeiwachen und schießt sie in ihrer Ignoranz heruntern gegen jedes Wort der Aufklärung ab. So auch hier. Ein Teil der Leute kampierte in der Pracht des neuen Rathauses, in der ganzen Flucht der glanzvollen, noch unvollendeten Säle. Miserie im Palast, wie so oft bei diesen armen Menschen, die unseren Wuppertalorten die noch unrentablen Häuser einbringen müssen. Ich frug den Polizeiwachen, wo die Leute wären, wurde freundlich von ihm zum Eingang gewiesen. Der Armee ahnte nicht, welche fürchterliche Verantwortung er über dem Rathaus von Hemscheid zusammengezogen hatte. Ich hatte jedoch kaum einige Worte mit den Leuten getauscht, als der Hüter des Gesetzes aurtück-

kehrte — ein Spion war eiligst zu ihm gelaufen — und mich erfuhr, die Ausperrung einzustellen, ich „wiegeln“ die Arbeiter auf und das diese er nicht dulden. Er habe Befehl, mir das Weibchen zu verbieten. Gut. Darf ich denn überhaupt nicht mit den Leuten sprechen? Mein. Ich ging. Wie ich so die pompösen Wandelgänge und die breiten mit Holz verbrannten und geschlachten Treppen des Palastes der Gerechtigkeit hinunterging, hatte ich so meine eigenen Gedanken. Wenn es mir als studiertem Menschen so ging mit dem „Aufwiegeln“, wie mußte es dann unseren christlichen Gewerkschaftlern erst gehen. Die Lüge zum Gefängnis bleibt da ja ständig in Bewegung. Und was für ein herrliches Koalitionsrecht ist das, sagte ich zweitens, leise natürlich, denn noch war die Polizei in der Nähe. Denn was im Staate Menschheid geschieht, wird wohl in ganz Preußen nicht zu den Karikaturen gehören. Und weiter: Wenn bu den Leuten das Gegenteil gesagt hättest, hättest ihnen Geduld gepredigt und sie schön bei der Stange gehalten, daß sie gute und brave Kinder bleiben und sich nicht um die bösen Kollegen draußen, woher die roten, noch die christlichen kümmern sollten, ob man dir dann auch die Lüge gezeigt hätte. Unternehmerrchristentum hätte ich predigen dürfen, das Christentum der Solidarität, des Charakters, des Rechtes nicht. Wenn noch wenigstens die Leute ihre Lage gekannt hätten, dann wollte ich noch nichts sagen; in wirtschaftlichen Kämpfen steht eben Ansicht gegen Ansicht und die Leute waren frei, zu lassen, was sie wollten. Aber so ein Kampf, der der Ignoranz bedarf, ist doch etwas Unwürdiges. Und wie schlecht muß es um eine Sache stehen, wenn sie solche erbärmliche Mittel nötig hat!

Zu dieser naiven Erzählung wäre wohl mancherlei zu sagen. Welche köstliche Ironie liegt zum Beispiel in der Tatsache, daß der Polizeioffizier den geistlichen Herrn ohne weiteres zu den Streikbrechern einließ, weil er als selbstverständlich annahm, daß der Mann Gottes natürlich nur kam, um das Unternehmerrchristentum und nicht das des Charakters und des Rechtes zu verkünden. Interessant — weil sie von solcher Seite erfolgt — ist auch die Feststellung, daß man die unter falschen Vorpiegelungen herbeigelockten Streikbrecher wie Gefangene einsperrt.

Was aber besondere Hervorhebung erfordert, das ist das Urteil, das Dr. Sonnenschein über die Streikbrecheragenten fällt. Es ist nämlich schon wiederholt vorgekommen, daß ultramontane Zeitungen Streikbrecherinjuren gebracht haben. Namentlich aber ist festgestellt worden, daß sowohl das (ultramontane) italienische Arbeitersekretariat in Basel, wie auch die in Freiburg i. B. erscheinende (ultramontane) italienische Arbeiterzeitung „La Patria“ sich mit der Streikbrechervermittlung befassen. Vor Jahr und Tag haben die ultramontanen Tageszeitungen und auch die christlichen Arbeiterblätter das wütend in Abrede gestellt, während das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften sich kürzlich genötigt sah, diese Tatsachen zuzugestehen.

Die bitteren Bemerkungen, die Dr. Sonnenschein über die Gefahren macht, die mit der Aufklärung von Streikbrechern verbunden sind, sagen uns zwar nichts neues. Aber schreien denn nicht gewisse ultramontane Zeitungen mit am lautesten über „sozialdemokratischen Terrorismus“, wenn Angehörige der modernen Gewerkschaften Streikbrechern das Verwerfliche ihrer Handlungsweise begründlich machen wollen? Schleppt nicht diese Presse eifrig, so eifrig fast, wie die „liberalen“ Gazetten, mit dem Material herbei, für ein Gesetz zum besseren Schutz der Arbeitswilligen, der Ignoranz, wie Dr. Sonnenschein sagt?

Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß man in christlichen Arbeiterkreisen mehr Verständnis für die Notwendigkeit bekommt, die ausländischen Arbeiter zur Solidarität zu erziehen. Ob sich freilich bürgerliche Zentrumskreise besonders für diese Aufgabe begeistern werden, möchte ich bezweifeln. Da inkliniert man eben mehr für das „Unternehmerrchristentum“.

Herr Giesberts lenkt ein.

Der Frankfurter Volksstimme wird vom Rhein geschrieben: Bekanntlich war von agrarischer Seite an den Zentrumskandidaten im Reichstagswahlkreise Essen die Anfrage gerichtet worden, wie er sich zum Koalitionsrecht der Landarbeiter stelle; nur für den Fall, daß Giesberts sich gegen das ländliche Koalitionsrecht ausspreche, wollten ihn die Agrarier unterstützen. Giesberts gab eine sehr mannhaft klingende Antwort, aus der man entnehmen konnte, daß er den Landarbeitern das Koalitionsrecht in vollem Maße wie den Industriearbeitern zuspreche, und daß es niemand eifriger haben werde, den Landarbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen und sie zu organisieren, als er, der Arbeitersekretär Johann Giesberts, Kandidat des Zentrums für die Reichstagswahl in Essen. Jetzt hat der Mann in Essen seine Kandidatenfrage gehalten und ist dabei auch auf die Frage der Koalition der Landarbeiter zu sprechen gekommen. Er sagte bei dieser Gelegenheit:

„Ich mache übrigens kein Hehl daraus, daß ich es sehr bedauern würde, wenn die Grundzüge des Klassenkampfes in die Organisation der Landarbeiter hineingetragen würden, wie wir sie leider in einem großen Teile der heutigen Gewerkschaften sehen. Wenn man das aber verhindern will, dann soll man möglichst schnell dazu übergehen und Vereinigungen von Landarbeitern gründen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sondern der christlich-nationalen Weltanschauung stehen. Aber offen gesagt, weder ich noch meine Freunde haben Zeit und Lust, und nun Hals über Kopf in die Organisation der Landarbeiter zu stürzen; wir haben mehr als genug mit unseren Industriearbeitern zu tun. Das hindert uns nicht, grundsätzlich für unsere Landarbeiter das Koalitionsrecht zu verlangen, und ich kann den Landwirten nur zurufen: sich rechtzeitig um die Organisation ihrer Arbeiter zu kümmern und nicht etwa zu warten, bis auch hier die sozialdemokratische Hochflut den Geist des Klassenkampfes hineingetragen hat.“

Man sieht: Herr Giesberts steht hier schon vollständig auf dem Standpunkt der Zentrumsführer, die „grundsätzlich“ den Landarbeitern das Koalitionsrecht bewilligen, aber es frei von dem „Geist des Klassenkampfes“ halten, das heißt ihm die praktische Bedeutung nehmen wollen. Dafür erntet denn der brauchbare Mann das Wohlwollen der Agrarier, die wohl einsehen, daß mit einem solchen Koalitionsrecht ihnen nicht geschadet ist. Die Rheinische Volksstimme, die bisher die volle Macht ihres Unwillens auf Herrn Giesberts losgelassen hatte, nimmt den wenigen Sünder wieder in Gnaden auf. Das Blatt der Zentrumsbauern schreibt: „Vor Lich las man's anders! . . . Unheimlich ist ein Stärkerer und Einer, der einen etwas weiteren Blick hat, über Herrn Giesberts gekommen, und so will er denn jetzt aus der Organisation der Landarbeiter seine Finger herausziehen und dieselbe den Landwirten überlassen. Recht so! Wenn Herr Giesberts diesen Standpunkt von Anfang an eingenommen und die Bauern nicht mit Worten, wie „politische Niedertracht“ regelt hätte, würden sie zu seiner Wahl eine freundlichere Stellung eingenommen haben, als es bei seinem bisherigen Verhalten der Fall war. Vielleicht aber läßt sich der Karren, den Herr Giesberts bisher so arg verfahren hatte, bis zur Wahl noch ins rechte Geleise bringen.“

Ob Herr Giesberts für die demütigende Zumutung, die in diesen Zeiten liegt, das richtige Verständnis hat? Allerdings ist sie verdient. Die Schwendung, die er bittener so kurzer Zeit in Sachen des Koalitionsrechtes der Landarbeiter gemacht hat, liegt klar zu Tage; sie läßt für die weitere Entwicklung des brauchbaren Mannes das Beste hoffen, — wenn nur nicht die Sozialdemokraten in Essen dieser Entwicklung, deren nächste Stufe das Reichstagsmandat sein soll, Halt gebieten.

Nachkänge vom Dredeener Klempererstreik.

Der arbeitswillige Klemperergehilfe Schödlgel klagte Anfang Juli seinem Meister, daß er infolge ständiger Schikanen, die er durch andere Bauarbeiter zu erdulden habe, nicht mehr länger in Arbeit bleiben könne. Dadurch stülte sich sein Prinzipal, Klemperermeister Lange, veranlaßt, Anzeige zu machen und der arbeitswillige Schödlgel wurde aufs genaueste angefragt, in welcher Weise man ihn belästigt habe. Er gab an, man habe ihn Streikbrecher genannt und vom Bau heruntergehauen wollen. Als Täter bezeichnete Schödlgel

Maurer Wehrlich und Müller. Diese haben sich nun vor Gericht zu verantworten, befreiten aber energisch, dem Schörling beiläufig oder beleidigt zu haben.

Streik und Hausfriedensbruch.

Wie man in Sachen Arbeitern gegenüber den Hausfriedensbruchparagrafen auslegt, zeigt folgender Verhandlungsbericht.

Die Freireisbesitzer Krauthelm erhoben worden war, bei dem vor Kurzem ein Streik beendet wurde, der von beiden Parteien heftig geführt wurde und der nach 7 Wochen mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter beigelegt wurde.

Urteilsbegründung wurde nämlich gesagt, daß es nach Lage der Sache eines ausdrücklichen Verbot zum Betreten des Grundstücks nicht bedurfte.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit Verlag von Paul Singer, Stuttgart ist das 47. Heft des 28. Jahrganges erschienen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Baden. Samstag, 2. Sept., abends 9 Uhr, in St. Martin.
Augsburg. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.
Bielefeld. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.

Friedland i. M. Samstag, 2. Sept., abends 9 Uhr, in Bierwerks Gartenlokal.

- Wetzlar. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.
Worms. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.
Wuppertal. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.

Honneburg. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.

- Wuppertal. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.
Wuppertal. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.
Wuppertal. Samstag, 2. Sept., abends 8 Uhr, im „Liedertafel“.

Bekanntmachungen der Orts-Verwaltungen etc.

Freienhauer befindet sich bei Richard Wehe, Umgr. 68, p. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends.

Zur Bedienung einer Horizontal-Bohrmaschine wird ein tüchtiger, zuverlässiger Bohrer gesucht.

Ein sehr tüchtiger Kaufmann bei hohem Lohne gesucht, von einer Fabrik- und Maschinenfabrik in Stuttgart.

Ein tüchtiger Metallgießer, Dreher, selbständiger Arbeiter, findet bauernde Beschäftigung.

Carl Küster, Deffau, sucht für Eisenbau.

Ein tüchtiger Schlosser, die auf Feinmechanik- und Sittlerarbeiten selbständig arbeiten können.

Ein tüchtiger Feinmechaniker, tüchtig auf Präzisionsarbeiten, finden nach längerer Abwesenheit in Stuttgart.

Ein tüchtiger Schlosser, die auf Feinmechanik- und Sittlerarbeiten selbständig arbeiten können.

Ein tüchtiger Schlosser, die auf Feinmechanik- und Sittlerarbeiten selbständig arbeiten können.

Echt blaue Körper-Anzüge braune Mech.-Kittel Katalog und Proben gratis.

Lebens- große 45cm für 3 M. Porto, Verpackung 50 Pf. Schnellzeit, Haltbarkeit garantiert.

MUSIK INSTRUMENTENFABRIK ERNST HESS KLINGENTHAL & Co.

Urania feinstes Preis enorm billig Qualitätsmarken Ebenso alle Fahrradzubehör- u. Einzelteile.

Musikinstrumente unser Garantie für Güte direct aus der Fabrik von Lederer & Kreibitz.

Der Metallarbeiter Hilfs- u. Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser

Bitte lesen! Großartige Ware kann ich für recht billigen Preis liefern.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Empfehlung viel Ärzte u. Prof. grat. u. fr.

Orkan-Fahrräder. Das auch für Saison 1905 wiederum die besten und noch die billigsten.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Porzellan- und Gummi-Anstalt

Schkeuditz-Leipzig. SPEZIALITÄT: Quittungsmarken, Kautschukstempel, Tabellen, Kassenbücher

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Porzellan- und Gummi-Anstalt

Schkeuditz-Leipzig. SPEZIALITÄT: Quittungsmarken, Kautschukstempel, Tabellen, Kassenbücher

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Porzellan- und Gummi-Anstalt